

Die „Vierteljahr“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Feiertagen nur einmal. Der Verkaufspreis beträgt bei jeder Lieferung des Monats 1,20 M. für den Monat Dezember, im voraus zahlbar. Für Vorbestellung neuer monatlicher Lieferungen entgegen. Unter Drucklegung besorgen die Vertriebsstellen, des Post- und Fernverkehrs sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Litauens 1,20 M. für das übrige Ausland 1,30 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin O 2, Breite Straße 50b

Die sozialistische Kampfbroschüre über den Kampf um die 1000 M. monatliche Einkommensteuer. Preis 1,20 M. einschließlich Postgebühren. Verkauf: Anzeigen und Familien-Anzeigen und Briefen-Briefe 1,20 M. netto pro Seite. Stellen-Briefe in Monats-Anzeigen: das Gebührende 1,20 M. jedes weitere Blatt 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

STREIF

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Aufrollung der Reparationsfrage

Antrag auf Zahlungsausschub

Der Reichsanwalt hat an den Präsidenten der Reparationskommission in Paris das folgende Schreiben gerichtet:

Herr Präsident!

Wie ich der Reparationskommission bei ihrer letzten Anwesenheit in Berlin erklärt habe, ist die deutsche Regierung auf das ernstlichste bemüht gewesen, die beiden nach dem Zahlungssplan vom 5. Mai 1921 bevorstehenden Zahlungen zu sichern. Da dies nur mit Hilfe einer im Auslande aufzunehmenden Anleihe gelingen konnte und hierbei eine wesentliche Mitwirkung der englischen Finanzwelt unerlässlich war, hat die deutsche Regierung in England wegen einer solchen Anleihe verhandelt. Von maßgebender Stelle ist ihr jedoch erwidert worden, daß unter der Herrschaft der Bedingungen, welche zurzeit für die Zahlungspflichtigkeiten der deutschen Regierung gegenüber der Reparationskommission während der nächsten Jahre maßgebend seien, eine solche Anleihe in England nicht zu erlangen sei, und zwar weder als langfristige Anleihe noch als kurzfristiger Bankkredit.

Unter diesen Umständen kann die deutsche Regierung nicht mehr damit rechnen, daß es ihr gelingen wird, diejenigen Beträge in voller Höhe zu beschaffen, die nötig wären, um die am 15. Januar und 15. Februar 1922 fälligen Raten zu bezahlen. Selbst bei aller Anstrengung und unter Nichtachtung ihrer budgetären Lage wird die deutsche Regierung für diese Termine außer dem Wert der Cashleistungen und der Guthabens aus dem Recovery Act nicht mehr als ungefähr 150 bis 200 Millionen Goldmark aufbringen können.

Die deutsche Regierung sieht sich daher genötigt, bei der Reparationskommission für den nicht erfüllbaren Restbetrag der Raten vom 15. Januar und 15. Februar einen Zahlungsausschub zu beantragen. Sie bezieht sich zunächst auf diesen Antrag, obwohl sie sich bewußt ist, daß sie bei den nächsten fälligen Raten gleichfalls mit Schwierigkeiten zu rechnen haben wird.

Die Note ist zugleich den alliierten Regierungen zur Kenntnis gebracht worden.

Mit diesem Schreiben wird das Reparationsproblem in seinem vollen Umfange aufgerollt. Das Wesentliche daran ist wohl die Antwort, die die deutsche Regierung von der englischen Hochfinanz erhalten hat. Der Präsident der Reichsbank, Havenstein, hat sich selbst in London um eine Anleihe bemüht. Ihm ist nun mitgeteilt worden, mit dem Ersuchen, den Reichsanwalt davon zu verständigen, daß weder an eine langfristige Anleihe noch an einen kurzfristigen Bankkredit gedacht werden könne, solange Deutschland unter der Herrschaft der Zahlungsbedingungen des Reparationsplanes steht. Auf den ersten Augenblick mag man es als einen ungünstigen Stand der Dinge betrachten, daß Deutschland der englische Kredit verweigert wird. Sieht man aber genauer hin, so muß man erkennen, daß sich ein entscheidender Umschwung in der weltpolitischen Situation vollzogen hat.

Es wird nunmehr auch von den führenden Wirtschaftskreisen Englands anerkannt, daß die bisherigen Zahlungsbedingungen eine Gesundung der Welt nicht herbeiführen können und daß eine neue Grundlage für die Wiedergutmachung gefunden werden müsse. Das Weist mit anderen Worten, daß das deutsche Reparationsproblem nicht mehr ein deutsches, sondern ein weltwirtschaftliches, ein weltpolitisches Problem geworden ist.

Man darf auch nicht vergessen, daß sich für die englische Politik die Lage seit dem Mai wesentlich geändert hat. Mit der Lösung der irischen Frage hat Lloyd George einen der größten innenpolitischen Erfolge erzielt, auf der Konferenz von Washington sind die Fragen des Fernen Ostens einer Klärung entgegengeführt worden. Nunmehr hat die englische Regierung die Hände auch für die wichtigste europäische Frage frei, für das deutsche Reparationsproblem. Die hohe Arbeitslosigkeit in England ist eine Folge der dem deutschen Reiche auferlegten Zahlungsbedingungen. Solange von Deutschland ökonomische Unmöglichkeiten verlangt werden, ist an eine Wiederherstellung der Konsumfähigkeit des größten Teiles von Europa, an eine dauernde Wiederbelebung der europäischen Wirtschaft nicht zu denken. Das haben die führenden Wirtschaftskreise von England erkannt, und auch Lloyd George hat sich, wie man aus den bisherigen Äußerungen der englischen Presse weiß, dieser Erkenntnis angeschlossen. Ohne in optimistischen Ueber-

schwung zu verfallen, kann man doch annehmen, daß nunmehr eine Vereinigung der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Atmosphäre folgen wird.

Daß die Reparationsfrage jetzt aufgerollt und künftig von anderen Gesichtspunkten als bisher behandelt werden wird, ist ein Erfolg der auswärtigen Politik, die von unserer Partei stets befürwortet worden ist. Die Wiederherstellung der deutschen Wirtschaft und die Wiederherstellung der deutschen Zahlungsfähigkeit ist keine Frage, die uns allein angeht, sondern eine Frage, die die Interessen der ganzen Welt aufs engste berührt. Wir erinnern gerade bei dieser Gelegenheit daran, daß die Internationale Arbeiterschaft sozialistischer Parteien, der auch die Unabhängige Partei Deutschlands angeschlossen ist, die Wiedergutmachungsfrage ganz in diesem Sinne behandelt und einen bestimmten Plan dafür aufgestellt hat. Auch der Internationale Gewerkschaftsbund in Amsterdam war nach Kräften bemüht, die internationale Gesinnung dahin zu beeinflussen, daß man die Reparation nicht als deutsches, sondern als Weltproblem behandelte, das nur durch die gemeinschaftliche Arbeit aller Völker gelöst werden könne. Und schließlich hat auch die englische Arbeiterpartei dafür gesorgt, daß die Auffassungen in England über die Wiedergutmachung sich gründlich wandeln.

Unabhängig von dem, was die nächsten Wochen bringen werden, was insbesondere aus den Besprechungen zwischen Lloyd George und Briand hervorgeht, hat aber die deutsche Regierung jetzt die Pflicht, das äußerste zur Wiederherstellung des Gleichgewichts in den Staatsfinanzen zu tun. Sie muß wissen, daß Deutschland nur dann Verständnis für seine wirtschaftlichen Nöte findet, wenn es zeigt, daß es bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit seine innenpolitischen Pflichten zu erfüllen gewillt ist. Dazu gehört, daß endlich die kapitalistischen Kreise in der Industrie, ebenso wie im Handel und in der Landwirtschaft gezwungen werden, ihren finanziellen Verpflichtungen in vollem Umfange nachzukommen. Es ist jetzt nicht mehr viel Zeit zu verlieren!

England für eine Menderung der Reparationspolitik

EE. Paris, 15. Dezember.

Der „Temps“ bestätigt heute die am Morgen bereits von Pertinax im „Echo de Paris“ gemachte Andeutung, daß England bei Frankreich inoffiziell eine grundlegende Menderung der Reparationspolitik angeregt hat. Nach dem „Temps“ stellt sich der Vorschlag, den England tatsächlich gemacht zu haben scheint, wie folgt dar: Da England aus den Reparationszahlungen weniger als 40 Millionen Pfund Sterling erhielt, wäre Deutschlands Einfluß aus England nach Maßgabe der Ziffern vom Jahre 1913 bei den heute geltenden Preisen etwa 100 Millionen Pfund Sterling gleichzusetzen. England würde also ein besseres Geschäft machen, wenn es auf die Reparationszahlungen verzichtete. Es würde auch gleichzeitig auf die 600 Millionen Goldmark verzichten, die ihm Frankreich schuldet, und an deren Stelle deutsche Schuldverschreibungen übernehmen. Das selbe sollte dann mit den übrigen Alliierten geschehen. Von den Vereinigten Staaten würde man ebenfalls fordern, daß es für die alliierten Schulden deutsche Schuldverschreibungen übernehme. Deutschland hätte dann statt 132 Milliarden Goldmark nur 60 Milliarden zu zahlen. Dadurch würde es in Stand gesetzt, eine große Anleihe aufzunehmen und innerhalb 15 Jahren seine ganzen Reparationsverpflichtungen zu erledigen. Dieser finanziellen Abmachung würde eine politische zur Seite gehen. England würde jedoch einen Bündnisvertrag eingehen mit Frankreich, um es zur Herabsetzung seiner Rationen zu veranlassen. Der „Temps“ lehnt jedoch die finanziellen Vorschläge wie die Forderung nach Abrüstung Frankreichs entschieden ab.

Die französische Presse besteht auf dem Schein

EE. Paris, 15. Dezember.

Die französische Presse beschäftigt sich heute lebhaft mit der neuen Lage, die durch die von der deutschen Regierung der Reparationskommission gemachte Mitteilung geschaffen ist, daß sie außerstande sei, die Januar- und Februarzahlungen einzuholen. Die Blätter erklären rund heraus, daß Frankreich das von der Entente verlangte Zugeständnis nicht erfüllen könne. Der „Intransigent“ sagt, Deutschland habe sich noch vor acht Tagen zu der Januarzahlung bereit erklärt. Wenn es jetzt seine Ansicht geändert habe, so sei dies nur möglich, weil die Pläne von Stinnes und Rathenau in London eine günstige Aufnahme gefunden haben. Gleichzeitig wurde in Erfahrung gebracht, daß Poincaré im Namen Frankreichs ein Anleiheprojekt vorgeschlagen habe. Der „Intransigent“ erklärt, Frankreich werde das Verlangen, einen Zahlungsausschub zu gewähren, nicht annehmen.

Gefährliche Absichten

Im Steuerauschuß des Reichstages haben gestern wiederum heftige Auseinandersetzungen zwischen den sozialistischen und den bürgerlichen Parteien stattgefunden. Es handelte sich dabei um die Neugestaltung der Einkommensteuer. Die fortschreitende Geldentwertung, deren stürmisches Tempo bei der Änderung des Tarifs im März d. Js. ebenjowenig vorausgesehen wurde wie bei der Beratung des Lohnsteuergesetzes im Juli, hat sowohl die Notwendigkeit ergeben, den Tarif den veränderten Geldverhältnissen anzupassen, als auch die steuerfreien Beträge für das Existenzminimum, sowie die Werbungskosten wesentlich hinaufzusetzen.

Die unabhängige Fraktion hat seit langem auf die Notwendigkeit einer derartigen Revision des Einkommensteuergesetzes hingewiesen. Trotzdem konnte weder sie, noch konnten die beiden anderen sozialistischen Parteien einen Gesetzentwurf unterstützen, der, wie der jetzt vom Zentrum eingebrachte Initiativantrag unter der Maske der Milderung der Steuerleistung für die Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger eine über jedes erträgliche Maß hinausgehende Erleichterung für die Besitzenden bezweckte.

Dieser Initiativantrag sah vor, die Steuerstufe, bei der 10 Proz. erhoben werden, von 24 000 auf 40 000 Mark hinaufzusetzen. Es sollte also bei den niedrigsten Einkommensempfängern noch nicht einmal eine Verdoppelung der Staffel erfolgen. Der Satz von 40 Proz. aber, der bisher bei 50 000 Mark erreicht wurde, sollte erst erhoben werden bei 1 Million. Hier war also eine Verzwanzigfachung der Staffel vorgesehen. Wurden nach dem bisherigen Tarif 60 Proz. Steuerleistung bereits bei einem Einkommen von über 400 000 Mark erreicht, so sollten sie jetzt erst entrichtet werden bei einem Einkommen von über 3 Millionen! Freilich sollten bei Einkommen bis zu 40 000 Mark auch die Ermäßigungen für den Steuerpflichtigen selbst von 120 Mark auf 420 Mark, die für die Ehefrau von 120 auf 240 und bei Einkommen bis zu 100 000 M. die für die minderjährigen Kinder von 180 auf 360 M. jährlich erhöht werden. Bezüglich der Werbungskosten sollte es jedoch bei dem bisherigen Betrage von 180 M. jährlich bleiben.

Würde dieser Entwurf des Zentrums Gesetz werden, so würde in der Zeit größten Geldbedarfs des Reiches und der schärfsten Anspannung der Steuerlasten für die Minderbemittelten durch die in Aussicht stehenden Verbrauchssteuern eine Schonung gerade der Reichen und Allerreichsten eintreten. Diesem Verlangen der bürgerlichen Parteien lehnten die Sozialisten entschieden Widerstand entgegen. Ihre ersten Vorstellungen erschütterten die Front der Bürgerlichen. Auch Arbeiterelemente erkannten, daß sie von den Vertretern des Besitzes in ihren Parteien auf das Glatteis gelockt waren. So entstanden zwei neue Anträge, von denen der eine von einem Arbeitervertreter des Zentrums und einem Arbeitervertreter der Deutschnationalen ausging, während der andere von den Rechtssozialisten und einem Vertreter der Bayerischen Volkspartei eingebracht war. Trotz aller Verschiedenheiten dieser Anträge war ihnen gemeinsam der Gedanke, daß es unerträglich sei, die Steuerbelastung der Besitzenden über die Geldentwertung hinaus zu vermindern und sie schlugen deshalb vor, daß der Höchstsatz des Tarifs von 60 Prozent bereits bei einem Einkommen von über 1 Million erreicht wird.

Lange hat aber das Arbeiterinteresse bei diesen Verhandlungen nicht vorgehalten. Nach der Pause, die gestern in den Verhandlungen des Ausschusses eingetreten war, zeigte sich deutlich, daß man in den Kreisen des Zentrums und der Deutschnationalen bereits wieder großen Einfluß auf sie gewonnen hatte. Man forderte erneut Heraussetzung des Steuerfußes von 60 Prozent auf 3 Millionen und stellte für den Fall der Ablehnung dieses Antrages durch die sozialistischen Parteien das Scheitern des ganzen Gesetzentwurfes in Aussicht.

Offen haben damit die bürgerlichen Parteien das Ziel ihres hartnäckigen Kampfes enthüllt. Was sie gegenwärtig leistet, ist der Wunsch nach einer tatsächlichen Milderung der Steuerleistung für die paar Tausend Besitzenden, die über ein Einkommen von mehr als 600 000 Mark jährlich verfügen. Denn die Meinungsverschiedenheiten über die Besteuerung der Einkommensempfänger bis zu 600 000 Mark sind nicht so wesentlich, als daß darüber langwierige Auseinandersetzungen notwendig wären.

Es handelt sich also nur um die Steuerlasten der großen Einkommensempfänger. Weil Zentrum, Demokraten, Deutsche Volkspartei und Deutschnationale sie entlasten wollen, wollen sie das Schicksal der ganzen Nation, die für mehr als 98 Prozent aller Steuerpflichtigen bitterste Notwendigkeit ist, aufs Spiel stellen. Sie sind bereit, die auch von ihnen als dringend notwendig erkannten Milderungen im Steuerfuß und beim Lohnabzug, die am 1. Januar in Kraft treten müssen, zu gefährden, lediglich, weil die sozialistischen Parteien sich außerstande sehen, ihre Zustimmung dazu zu geben, daß die Reichen steuerlich noch mehr gespart werden, als das durch die bisherige Steuergesetzgebung, die Geldentwertung und die verzögerte Eintreibung der Steuern geschehen ist.

Es hat den Anschein, als wenn der Widerstand gegen ein solches frivoles Verhalten im Laufe des gestrigen Tages innerhalb der bürgerlichen Parteien sogar noch abgenommen hat. Die Parteidisziplin scheint gestiegen zu haben über das profanistische Empfinden und Interesse. Daß dabei Stegerwald wiederum einmal seine Hand im Spiel hat, ist nach den Erfahrungen mit ihm als preußischer Ministerpräsident nicht weiter erstaunlich.

Der heutige Tag wird die Entscheidung in dieser Frage bringen. Die Unabhängige Sozialdemokratie hat keinen Zweifel daran gelassen, daß sie sich auferstanden sieht, einem Steuerentwurf ihre Zustimmung zu geben, der die hohen Einkommensempfänger schont. So sehr sie wünscht und so rüchlich gerade von ihr die Anpassung des Lohnabzuges an die Geldentwertung gefordert worden ist, so kann sie es doch gerade gegenüber den Lohn- und Gehaltsempfängern, die bisher die größten Opfer für die Allgemeinheit gebracht haben, nicht verantworten, daß auf deren Kosten die Bestehenden weitere Minderungen ihrer Steuerleistung erhalten. Denn jede Milderung oben, vermehrt den ungebedachten Steuerbedarf des Reichs, der durch Verbrauchsteuern zu decken versucht wird.

Unter harmloser Maske

Die Bedingungen der Landwirtschaft für die Kreditaktion

Der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft hat am Donnerstag zu der Frage der Teilnahme der Landwirtschaft an der Kreditaktion Stellung genommen. In dem Beschlusse wird die Erzielung der Unabhängigkeit Deutschlands von der Lebensmittelinfuhr vom Auslande als der wichtigste Beitrag der Landwirtschaft zu den Reparationslasten bezeichnet. Die Landwirtschaft wolle Einrichtungen treffen, durch die eine sozialliche planmäßige Steigerung der einheimischen Erzeugung eintrete. Hoffentlich folgen den schönen Worten auch entsprechende Taten, die man bisher leider vermissen mußte.

Es bedarf aber wohl kaum einer besonderen Feststellung, daß diese „berufenen“ Vertreter der Landwirtschaft auch sofort ihre Gegenforderungen angemeldet haben. Sie verlangen „eine Ausgestaltung des Steuerwesens, die sich der tatsächlichen Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und dem gesteigerten Produktionsbedürfnis anpaßt“. Sie verstehen darunter „die steuerliche Berücksichtigung von Eigenkapital, das der Landwirt zur dauernden und nachhaltigen Steigerung des Ertrages in der eigenen Wirtschaft aufwendet“.

Das klingt gewiß recht harmlos. Aber bisher haben die Agrarier es immer ausgezeichnet verstanden, unter der harmlosesten Maske die besten Geschäfte zu machen.

Rohlennote der Reparationskommission

Der Regierung ist am 14. d. M. eine Note der Reparationskommission zugegangen, in der darauf hingewiesen wird, daß ohne Zustimmung der Kommission Kohle und Koks nicht ausgeführt werden dürfen. Die Kommission spricht die Erwartung aus, daß die Fälle, in denen ohne ihre Zustimmung exportiert wurde, sich nicht wiederholen. Die Kohlenausfuhr nach Holland wird dadurch nicht betroffen, da das betreffende Abkommen die Einmütigkeit der Reparationskommission seinerzeit gefunden hat. In Regierungskreisen glaubt man, daß die jetzige Note darauf zurückzuführen sei, daß insolge augenblicklicher Transporterschwierigkeiten die Abfuhrleistungen an die Entente nicht reiblos ausgeführt werden können. Die Reparationskommission ist angewiesen worden, die Reparationskommission um eine mündliche Erörterung der Angelegenheit zu bitten.

Münchener Jdyl

Drahtmeldung unseres Korrespondenten. München, 15. Dezember.

Die Staatsanwaltschaft hat vor längerer Zeit auf Drängen der sozialistischen Parteien im bayerischen Landtag ein Ermittlungsverfahren gegen den Obergeometer Kanzler, den früheren stellvertretenden Landeshauptmann der bayerischen Einwohnerwehr, wegen Aufforderung zum Mord eingeleitet. Das Verfahren ist eingeleitet worden wegen einer Äußerung, der Kanzler öffentlich beschuldigt wurde, im Bureau der Landesleitung der Einwohnerwehr gemacht zu haben. Er soll nach dieser Beschuldigung aufgefordert haben, Leute, die Waffenlager der Einwohnerwehr verraten, zu beseitigen. Das Ermittlungsverfahren ist nun, wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ mitteilen, wegen „Mangels an Beweisen“ eingestellt worden.

Der neue Schießergesetz

Minister Severing hat sich veranlaßt gesehen, den Heineschen Schießergesetz einer Revision zu unterziehen und ihm folgende Fassung zu geben:

Die mit unterstellten Polizeigekulpsbeamten, Hilfspolizeigekulpsbeamten und Landjägerbeamten dürfen von der Schusswaffe Gebrauch machen:

- a) zur Abwehr eines Angriffs oder einer Bedrohung mit gegenwärtiger Gefahr für Leib oder Leben des Beamten oder der in seinem Schutz befindlichen Personen. — Dieser Fall ist auch dann gegeben, wenn die Täter der mit den Worten „Waffen nieder, oder ich schieße!“ oder „Hände hoch, oder ich schieße!“ oder ähnlich zum Ausdruck gebrachten Aufforderung des Beamten, Waffen oder andere gefährliche Werkzeuge niederzulegen oder loszulassen, nicht sofort nachkommen oder die niedergelegten oder losgelassenen Waffen oder Werkzeuge wieder aufzunehmen sich anlassen.
- b) zum Anhalten von Personen, die sich der Feststellung, Festnahme und Festhaltung seitens des Beamten durch die Flucht zu entziehen versuchen. — Bei offensichtlich geringfügigen Verletzungen, insbesondere politischen Charakters, darf indessen von der Schusswaffe zur Verhinderung von Fluchtversuchen nicht Gebrauch gemacht werden.

- Dem Gebrauch der Schusswaffe gegen Flüchtende muß der Anruf „Halt oder ich schieße!“ oder „Hände hoch, oder ich schieße!“ erfolglos vorausgegangen sein. Der Anruf kann nötigenfalls durch zwei Läufe hintereinander in die Luft abgegeben werden.
- Dem Erlaß sind die folgenden allgemeinen Richtlinien beizugeben:
 1. Der Gebrauch der Schusswaffe ist nur zulässig, wenn die Anwendung anderer Mittel offenbar nicht zum Ziele führen würde.
 2. In keinem Falle darf er weitergehen, als es zur Erreichung des zureichenden Zweckes erforderlich scheint.
 3. Gegen Kinder darf die Schusswaffe überhaupt nicht angewandt werden.
 4. Auf die Verhütung von Gefahren für Unbeteiligte, insbesondere in bewohnten Straßen und geschlossenen Räumen, ist sorgfältig Bedacht zu nehmen.
 5. Gefasene Personen sind unverzüglich darauf hinzuwirken, daß bei Fluchtversuch von der Schusswaffe Gebrauch gemacht werden kann.

Der neue Schießergesetz unterscheidet sich von dem alten in der Hauptsache darin, daß er länger und in der Form

und verständlicher ist. Eine Milderung des Heineschen Erlasses kommt nur insofern in Frage, als bei einem geringfügigen Vergehen und bei Verletzungen politischen Charakters auf Sühne nicht geschossen werden darf. Jedoch: hier kommt es auf die Auslegung an, die bei der ganzen Unklarheit in der Formulierung aller Möglichkeiten neuer Erfindungen „auf der Flucht“ offen läßt. Charakteristisch ist die Bestimmung, daß auf Kinder unter keinen Umständen geschossen werden darf. Warum werden nicht auch die Säuglinge erwähnt? Das würde durchaus der Verfahrenheit und den üblichen Gepflogenheiten entsprechen, die im Gebrauch der Waffe Platz gegriffen haben.

Die Leipziger Affenkomödie

Ein neuer Brief Kapps

Im Anschluß an den gestern von uns veröffentlichten Brief Kapps an Dr. Schiele, veröffentlichten die P. P. N. eine Erklärung, die Kapp in Form eines Briefes im September 1920 an den Grafen Westarp gesandt hat. Kapp legt in dieser Erklärung die Beweggründe dar, die ihn veranlaßten, sich nicht dem Gericht zu stellen. Es heißt darüber in der Erklärung:

„Das Märzunternehmen, darüber sind doch wohl alle Eingeweihten klar, bezweckte in Wirklichkeit doch etwas ganz anderes als seine durch General Ullrich und der „Arbeitsleitung“ jetzt gegebene Charakterisierung. Es ist offenbar, daß der Verteidiger des Generals, wie ich auch einer Unterredung entnehme, die meine Tochter seinerzeit mit Rechtsanwalt Dr. Kisberg in Berlin hatte, sich auf den Standpunkt stellen wird, daß Hochverrat gar nicht in Frage komme, und daß im Gegenteil die Verfassung von uns nur geschützt worden sei. Einige Kappkammerer mocht hierbei der Verteidigung nur der Schlußsatz des Märzaufrufes, in dem es heißt: „Die Farben der deutschen Republik sind schwarz weiß rot!“

Eine solche Darstellung entspricht dem wirklichen Geschehen doch in keiner Weise. Ich kann daher diesen Weg nicht mitbetreten. Es handelt sich hier um historische Vorgänge, die nicht durch die Hauptbeteiligten in einem gerichtlichen artematischen Verfahren geschildert werden dürfen. Blicke auch dem Märzunternehmen der Erfolg verlag, so würde es dadurch auch noch in seinem Wert als eine Neuerung nationalen Empfindens und Handelns herabgewürdigt werden. Die Farce, die ein auf dieser Verteidigungsgrundlage sich abspielendes gerichtliches Verfahren darstellt, kann ich nicht zuzulassen. Ich würde mich damit in meinen eigenen Augen politisch und moralisch totmachen. Mein Schicksal ist bisher nicht geklärt. Ich muß mir selber auch weiterhin treu bleiben. In einem gerichtlichen Verfahren würde es sich für mich um Abklärung meines politischen Glaubensbekenntnisses handeln. Ich möchte es daher verabsäumen, mich hinter juristische Auslegungskünste mit allen ihren abstrakten Winkelzügen zu verstecken, um womöglich eine Freisprechung zu erreichen. Täte ich das aber nicht, so würde ich die übrigen Prozeßbeteiligten schwer kompromittieren. Das wäre eine unbillige Situation, die nur dadurch verhindert werden kann, daß ich davon Abstand nehme, mich zu stellen.“

Kapp kann sich keine schärfere Beurteilung der von den Rappisten in Leipzig eingenommenen Haltung denken, als diese Darlegungen Kapps. Mit einer Aufrichtigkeit, die unwillkürlich Ächtung abdrängt, brandmarkt der Leiter des Kapp-Putschs die feige Haltung seiner Mitverschworenen, die schon im Sommer vorigen Jahres ihre Verteidigung darauf einstellten, daß für sie Hochverrat gar nicht in Frage käme und daß im Gegenteil die Verfassung von ihnen nur geschützt worden sei. Kapp erklärt diese Darstellung als eine Lüge und er lehnt es ab, an einer Farce teilzunehmen, in der durch das Verhalten der Hauptbeteiligten die tatsächlichen Vorgänge geschildert werden würden.

Die Herren Jagow, Schiele und Wangerheim, die gegenwärtig die Anklagebank in Leipzig zieren, haben sich durch diese Brandmarlung Kapps nicht abhalten lassen, sich hinter juristische Auslegungskünste und abstrakte Winkelzüge zu verstecken, um der verdienten Strafe zu entgehen. Sie haben es nicht verschmäht, vor dem Gericht eine Affenkomödie aufzuführen, die in jedem aufrechten Menschen nur Ekel und Verachtung erregen muß. Während Kapp immerhin so viel Mut aufbrachte, in die Verbannung zu gehen, um nicht seine Sache abschwören zu müssen, spielen seine Helfershelfer vor dem Leipziger Gericht die Rolle harmloser Teilnehmer mit einer Virtuosität, die ihnen bei den „Kriminalstudenten“ in Moabit die höchste Wertschätzung sichern wird. Daß diese Einschätzung bei allen anständigen Menschen die genau entgegengesetzte sein wird, versteht sich von selbst. Daraus ergibt sich auch die Einstellung der übergroßen Mehrheit des Volkes zu der Leipziger Komödie, die für die deutschen Nationalen Soldaten und Mauthaufreiter eine verlorene Schlacht bedeutet.

Ein Helfershelfer der Rappisten

Im Prozeß gegen Jagow und Genossen ist festgestellt worden, daß die Führer des hochverräterischen Unternehmens kurz vor Ausbruch des Putschs deshalb nicht verhaftet werden konnten, weil sie vorher telephonisch gewarnt worden waren, so daß sie unter Mitnahme des wertvollen Beweismaterials verschwinden konnten. Die Warnung erfolgte angeblich durch den Regierungsrat Frohde von der Abteilung IA des Berliner Polizeipräsidiums. In dieser Angelegenheit hat nun die Unabhängige Sozialdemokratische Fraktion des Landtages eine Anfrage eingebracht, in welcher darüber Auskunft verlangt wird, ob Frohde wegen seines Amtsvertrahens strafrechtlich und disziplinarisch zur Verantwortung gezogen worden ist, und wo in welcher amtlichen Stellung sich Frohde jetzt befindet. Wie die P. P. N. von unterrichteter Seite erfahren ist, Frohde befindet sich längerer Zeit seines Postens im Berliner Polizeipräsidium entzogen; zurzeit ist Frohde Chef der Danziger Polizei. Glückliches Danzig!

Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre der USPD.

Dienstag, den 20. Dezember, abends 7 Uhr, in den Sophien-Sälen, Sophienstr. 17/18,

große Funktionärskonferenz

Tagesordnung: Die Stellung der U. S. P. D. zu den neuen Steuervorlagen der Reichsregierung.

Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse Dr. Herz. Anschließend Diskussion.

Zuteil haben alle Funktionäre und Referenten der Partei, die U. S. P. D., Fraktionsvorstände in den Gewerkschaften und Betrieben, Betriebsräte und Betriebsobleute, Gewerkschaftsangehörige und Delegierte zur Gewerkschaftskommission. Partei- und Gewerkschaftsausweis legitimiert.

Die Reinigung in der KPD.

Scharfe Verwarnung

Die „Rote Fahne“ veröffentlicht einen Artikel „Zur Lage in der Partei“. Dieser beginnt mit der Feststellung, daß die Partei seit dem Jenaer Parteitag „unbestreitbare Erfolge“ gehabt habe, und gibt schon damit zu erkennen, daß sich auch dieser Artikel der „Roten Fahne“, gleich ihrem gesamten Inhalt, an Gläubige, nicht an Wissende wendet. An der „Festigkeit der Partei“ sei die „Vorgomtheit“ des „Vorwärts“ und der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft gescheitert. Die Partei hat sich in ihrer überwältigenden Mehrheit auf den Boden der Eberlein-Zentrale gestellt. Nur in einem einzigen Falle habe die kommunistische Arbeitsgemeinschaft Erfolg gehabt, und zwar im Unterbezirk Hanau, wo eine Resolution angenommen worden sei, in der die Abhebung der gegenwärtigen Zentrale, die Entfernung aller Schuldigen der Märzaktion aus der Partei und die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages gefordert wird. Aber das sei, wie gesagt, nur ein einziger Fall — die sagenhafte Ausnahme, der nachgeredet wird, daß sie die Regel bestimme. Dieser Fall verdiene somit „keinerlei Beachtung“.

Aber es finden sich selber Genossen, erklärt das Kommunistenblatt weiter, die diesen „Einzelfall“ für eine ähnlich gerichtete Propaganda in der ganzen Partei ausnützen. Darum sieht sich die „Rote Fahne“ doch veranlaßt, dem als so belanglos hingestellten Fall eine ganze Spalte ihres Raumes zu widmen. Sie schließt ihren Artikel mit einer Drohung, die eine Erweiterung der Ausschlußanordnung durch die Zentrale darstellt, die wir längst ermahnten. Diese neue Drohung lautet:

„Die Partei, die in ihrer Gesamtheit die Dinge überblickt, wird daher diese einzelnen Genossen so rasch und deutlich wie nötig auf die Wirkungen ihres Tuns aufmerksam zu machen und sie scharf zur Bedienung zu rufen haben.“

Der Artikel der „Roten Fahne“ bestätigt, daß die kommunistische Partei zum Kampfe gegen die Zellenbildung der K. A. G. mobil macht. Daraus ist zu schließen, daß die Gefahr für die „Festigkeit der Partei“ von den Leuten der Zentrale doch nicht so gering geschätzt wird, wie die „Rote Fahne“ glauben machen will. In der Stille ihres Herzens werden uns die Macher in der kommunistischen Partei zustimmen, wenn wir in dem Hanauer Fall nicht eine vereinzelte Ausnahmeerscheinung, sondern den Anfang und die erste Wirkung der organisierten Oppositionsbewegung der K. A. G. erblicken.

Das Sterben in Rußland

Ein neuer Hilferuf Nansens

Der Moskauer Vertreter des Deutschen Roten Kreuzes hat von Frithjof Nansen folgenden Funkspruch erhalten:

Habe Samara und Umgebung besucht. Das Elend übersteigt die schlimmsten Befürchtungen. Die Gegend von Wuluf, wo die Quäler arbeiten, umschließt 915 400 Einwohner. Von diesen haben 537 000 keine Nahrung mehr. Während der Monate September arbeiteten, umschließt 915 405 Einwohner. Von diesen jacht steigt fortwährend und bis zum Frühjahr werden zwei Drittel der Einwohner verendet sein, falls nicht sofort ausreichende Hilfe anlangt. In der Stadt Wuluf werden jeden Morgen tote Männer, Frauen und Kinder auf der Straße aufgefunden, andere bleiben todelang liegen, da keine Möglichkeit ist sie wegzuschaffen. Ich selber sah eine von Hunderten zerstreute Leiche auf der Straße. Auf dem Friedhof sah ich einen Haufen von ungeführ 80 Leichen, meistens Kinder ohne jegliche Beerdigung, da diese von den Liebenden zu sich genommen war. Diese Leichen waren im Laufe von zwei Tagen mit dem Leichenwagen eingeführt. Ich fragte den Totengräber, wieviel Tote täglich eintrafen, er antwortete, er wisse das gar nicht, da sie haufenweise abgeliefert werden. Den Eindruck der Hunderte von Kindern, deren Körper nur aus Haut und Knochen bestehen und die sich kaum aufrecht halten, sowie der verzweifeltsten Mütter, die um Nahrung für die sterbenden Kinder stehen, kann ich gar nicht beschreiben. Die Männer sind völlig teilnahmslos und sehen dumpf in die hoffnungslose Zeit. Diese Beispiele stammen aus einer Gegend, wo die Zustände besser sind als in anderen Teilen des Gouvernements Samara. Die Verhältnisse sind ähnlich oder schlimmer im großen Teil des ganzen nördlichen Rußlands. Die amerikanische Organisation und die Quäler arbeiten großartig. Die Schweden sind eben angekommen und nehmen ihre Tätigkeit auf. Aber all diese Hilfe kann nur die Oberfläche des Elends berühren. Die Bevölkerung wartet, ohne eine Klage zu äußern, im Todeskampf auf die Hilfe der anderen Völker Europas, auf die sie sich hofft. Jede verlorene Minute bedeutet hunderte von Todesfällen. Wir brauchen Getreide als Nahrungsmittel und Saatgut für nächstes Frühjahr. Die F. D. sind gepflügt und geodert, aber es fehlt an Saat. Die Völker und Regierungen Europas müssen erwachen, diese Tatsachen begreifen und das Furchtbare, das sich hier abspielt, begreifen. Im Namen der Menschlichkeit muß diesem Zustande abgeholfen werden. Es ist spät, aber Zeit ist noch genug für tätiges Eingreifen.

Was geschieht mit Ludendorff?

Die Genossen Crispian, Ledebour und Rosenfeld haben im Reichstag folgende Anfrage eingebracht:

„In dem Prozeß gegen Jagow und Genossen ist festgestellt worden, daß General Ludendorff einer der Leiter des Kapp-Putschs war und für den im März 1920 begangenen Hochverrat verantwortlich ist.“

„Ist gegen General Ludendorff wegen Hochverrats Anklage erhoben und Haftbefehl erlassen worden? — Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um Ludendorff zur Verantwortung zu ziehen?“

Geheimrat Dr. Lang deutscher Vorkämpfer in Amerika. Zum deutschen Vorkämpfer in Amerika ist von der Reichsregierung der bisher im Auswärtigen Amt tätige Geheimrat Dr. Lang bestimmt worden. Falls das Abkommen der amerikanischen Regierung nicht rechtzeitig eintrifft, wird er die Geschäfte vorläufig als Generalkonsul erster Klasse führen.

Streik in einem Kraftwerk. Da die Direktion des Kraftwerkes Gilsperleben bei Erfurt eine Forderung der Arbeiter auf Zahlung einer Beihilfe von 1000 Mark abgelehnt hat, haben die Arbeiter Donnerstag nachmittag die Arbeit niedergelegt. Es sind insofern 320 Arbeiter und 39 Startbahnhöfe ohne Licht. Die technische Nothilfe ist eingesetzt worden.

Verarbeiteterleil im Eisenerz. Die Eisenhütten Jämscher Eisenländer Guben sind wegen Lohnrückstellungen in den Ausstand getreten. Die Zahl der Streikenden beträgt 6000 Mann.

Die Erhebung der Volkzählung. Der 27. Anlauf des Reichstages beschloß sich am Donnerstag mit der Gebührensatzung der Post- und Telegraphenverwaltung. Es fand eine längere Aussprache statt, die zu dem Ergebnis führte, daß der Anschlag es für erwünscht hält, die Vorlage, wenn irgend möglich, vor Weihnacht zu erledigen. Zur weiteren Förderung der Angelegenheit ist ein Unterausschuß eingesetzt worden, in dem jede Partei einen Vertreter haben wird.

Entwurf eines Agrarprogramms

Von Dr. Wilhelm Grumach

II *)

Es nun dieses Ziel erst nach Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat zu erreichen, so sind doch folgende Maßnahmen, welche diesem Ziele näher führen, die Landwirtschaft und ihre Arbeiter für den Sozialismus reifer machen und zugleich die Lage der Verbraucher und der landwirtschaftlichen Arbeiter wesentlich heben, schon jetzt durchführbar und erreichbar. Deshalb verlangen wir sofort:

A. Maßnahmen, welche die Sozialisierung anbahnen:

1. Gesetzliche Bestimmungen über Enteignung des Bodens der aufzubehaltenden Adelskommission und Gutsbesitzer (Latifundien) bis auf einfache Wirtschaftsgüter, Enteignung von Mooren, Heiden und sonstigem Verbesserungsfähigem, aber von seinen Besitzern nicht melioriertem Bodens zwecks Meliorierung durch den Staat. Eingemessene Anwendung der Enteignungsbestimmungen auf nicht bebauten, früher intensiv, jetzt extensiv bewirtschafteten Boden, auf notorisch schlecht bewirtschaftete, vernachlässigte oder überschuldete Wirtschaften.

Begründung.

Allein Preußen hatte vor dem Gebietsverlust 2,6 Millionen Hektar Fideikommissland und Deutschland 2,5 Millionen Hektar Land in Fideikommiss. Beide Kategorien werden sich meist heben. Durch Enteignung bis auf einfache Wirtschaftsgüter ließen sich etwa 1 Million Hektar in Gemeinwirtschaft überführen. Dazu kommen 2,5 Millionen Hektar Moore und 1,5 Millionen Hektar Heide, die von ihren Besitzern zum größten Teil nicht melioriert werden, weil sie fürchten, keinen unmittelbaren Profit davon zu haben. Die Berechtigung zur Enteignung von solchem Land ist durch das Städtengesetz vom 29. Januar 1919 wenigstens im Prinzip anerkannt worden. Die Enteignung der übrigen angeführten Kategorien wird zum größten Teil auch von bürgerlichen Agrar-Ökonomen gefordert.

2. Uebernahme der Domänen und des enteigneten Bodens in eine Wirtschaft von Staat, Gemeinden oder Verbrauchergenossenschaften, Ausgestaltung derselben zu Musterwirtschaften und Zuchtstätten für Tiere und Pflanzen, Leitung derselben durch allseitig gebildete Beauftragte der genannten Organisationen.

3. Ueberführung von Privatforsten in den Besitz von Staat und Gemeinden.

4. Förderung der landwirtschaftlichen Genossenschaften für Produktion, Weiterverarbeitung der Produkte, für Bezug von Maschinen, Düngern, Saatgut, Kredit und für direkten Absatz der Produkte an Gemeinden und Verbrauchergenossenschaften.

5. Sozialisierung der Fabriken zur Herstellung künstlichen Düngers.

6. Räumliche Verlegung der ganzen Verwertungsindustrie für landwirtschaftliche Produkte (Zuckerfabrik, Kartoffelverwertungsindustrie, Mälzerei, Bäckerei, Delmälzerei, Brauerei, Fabriken für Fleischdauermaschinen, für Fleisch, Obst, Gemüsekonserven, Gerberei usw.) auf das Land, zwecks enger Anschlusses derselben an die Landwirtschaft. Gründung derselben auf gemeinwirtschaftlicher oder genossenschaftlicher Grundlage.

Begründung.

Wie im „Sozialist“ (1921, Nr. 20, Wie kommen wir zu einem Agrarprogramm?) des näheren dargelegt wurde, bedeutet die Verwertungsindustrie für landwirtschaftliche Produkte mindestens eine organisatorische Zusammenfassung landwirtschaftlicher Betriebe resp. eine Vereinigung derselben für einen gleichen gemeinsamen Zweck, der durch keine besonderen Ansprüche an die Produktion viele Betriebe in bestimmter gleicher Richtung beeinflusst. Es liegt danach nahe, anzunehmen, daß die Verwertungsindustrie ein Keim einer automatischen Verwertung in der Landwirtschaft ist. Schon aus diesem Grunde scheint ihr auch der rechtliche Anschluß an die Landwirtschaft berechtigt zu sein. Dazu kommen noch zweckmäßige Gründe: Borent ist es die Erleichterung des Transportes der Rohprodukte nach den Fabriken. Wichtiger ist, daß die sämtlichen Abfallstoffe und Rückstände dieser Fabriken, welche wie Schnitzel, Melasse, Schlempe, Pulp, Kleie, Trebern, Destsuchen für Aderwirtschaft und Viehzucht, einen hohen Wert haben und teilweise leicht verderben, sofort wieder der Landwirtschaft zugeführt werden können. Endlich können diese Industrien, welche fast sämtlich Winterbetriebe sind oder vorübergehend feiern können, der Landwirtschaft im Sommer die ihr so notwendigen Arbeitskräfte abgeben. Dazu aber ist notwendig eine dringlich nahe Verbindung beider.

B. Maßnahmen zur Steigerung der Produktion: Begründung.

Die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, möglichst aus dem Inlande, liegt nicht nur im gegenwärtigen Interesse des Proletariats, sondern ist vor allem eine ausnahmslos notwendige Voraussetzung für die Durchführung und Erhaltung des Sozialismus. Nun erzeugen aber die europäischen Länder, mit Ausnahme von Ungarn und der südöstlichen Länder, wenigstens augenblicklich keine genügende Menge. Deutschland kann es, da nach sachverständigem Urteil schon nach dem heutigen Stande der Wissenschaft und Technik keine Produktion zu mindestens 50 Prozent gegenüber der Friedensproduktion geliefert werden kann. Da aber von den Bodenbesitzern die Produktivität in falschem Profitinteresse oder wegen mangelhafter Befähigung in unverantwortlicher Weise vernachlässigt wird, so ist es Aufgabe des Proletariats alle ausnahmslos notwendigen Maßnahmen zur Steigerung der Produktion zu verlangen oder zu erzwingen, und zwar nicht sowohl im Interesse der gegenwärtigen Ernährung als besonders im Interesse der Durchführung und Erhaltung des Sozialismus.

Schlus.

1. Erhaltung von Betriebsgrößen, welche die nach dem Stande der landwirtschaftlichen Technik und Wissenschaft höchsten Erträge liefern oder liefern können. Deshalb keine Zerschlagung von Großbetrieben in Kleinbetriebe, welche nur dem Zweck der Versorgung des Betriebsinhabers dienen sollen (sogen. Adernahrung). Gesetzliche Bestimmungen über Aufhebung der Gemengelage.

Begründung.

Es ist nicht zu leugnen, daß man durch Auflösung sämtlicher Großbetriebe in Familienbetriebe (0-10-20 Hektar) etwa 5 bis 6 Millionen Menschen mehr auf dem Lande unterbringen könnte. Aber abgesehen davon, daß man dadurch etwa 2 Millionen Erwerbstätige den andern Produktionsphasen entziehen würde, bedeutete ein solches Vorgehen auch einen erheblichen Rückgang der Produktion auf die bisherigen 7 Millionen Hektar betragenden Großbetriebsflächen. Man gelegentlich nach Auflösung von Großbetrieben in Familienbetriebe die Produktion auf derselben Fläche gleichgeblieben oder sogar noch etwas gewachsen sein (Unterführungen von Rosp und Mutterer), die Erhebungen über die Abfuhrmengen vom Hektar während des Krieges und nachher (Kiepert, v. Martins, Prof. Hansen, Reformbund der Gutshöfe) haben gezeigt, daß in Lieferung von Brotpotential, Kartoffeln, Hülsenfrüchten und Milch die Klein- und Mittelbetriebe mit den Großbetrieben nicht entfernt Schritt halten können. Die Großbetriebe (über 100 Hektar) lieferten in Brotpotential das Drei- bis Vierfache in Kartoffeln das Doppelte der Fläche der Familienbetriebe. Dagegen lieferten die Mittelbetriebe (20 bis 100 Hektar) in Vieh das gleiche mitunter z. B. in Kälbern, sogar noch etwas mehr. Die Familienbetriebe waren am leistungsunfähigsten von allen Betriebsgrößen in Wern (also wohl auch in Hähnern und anderem Geflügel). Viehhirten hat auch für die Partisanenzeit ein unverdächtig gewählter Mann der für die Unterhaltung der Kleinbetriebe eintritt, der Ingenieur Krohne, berechnet, daß die Bauernländer Bayern und Württemberg mit

Ein Wahltag im Stadtparlament

Staatsrats- und Stadtratswahlen

Die gestrige Sitzung der Stadtverordnetenversammlung nahm drei wichtige Wahlen vor: die Wahl der Berliner Mitglieder des preussischen Staatsrates, die Wahl der zwölf unbesoldeten Stadträte und eine Probewahl für die Beteiligung der Sitze in den sechszehnjährigen Deputationen. Es trat der seltsame Fall ein, daß die gesamten Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung anwesend waren. Nur bei den Wahlen zum Staatsrat schied ein Mitglied der U. S. P. D.-Fraktion, das aber im Laufe der anderen Wahlen noch erschien. Das Fehlen hätte den Verlust eines der beiden Mandate der U. S. P. verschuldet, glücklichlicherweise entschied das Los zugunsten der U. S. P. Im übrigen war die Fraktion so vollständig durch den Pflichtbewußtsein eines schwerkranken Genossen, der seine Kur eigens unterbrach, um seiner Parteipflicht in dieser entscheidenden Sitzung zu genügen. Die Ergebnisse der Wahl sind in dem nachfolgenden Sitzungsbericht wiedergegeben.

Der einzige Vertreter der Deutschsozialen Partei im Roten Hause, Herr Richard Runge, wünscht offenbar über die politische Bedeutungslosigkeit seiner Partei durch vermehrte Redelust hinwegzutäuschen. Der Verkauf der Gewerkschaft Vornsdorf, eines Eigentums von Reußlan, veranlaßte ihn, sich vor einem bei den Verkaufsverhandlungen abgewiesenen Käufer allerhand merkwürdiges Material zu beschaffen und dieses mit einem großen Aufwand an Entlohnung in der Sitzung vorzutragen. Die deutsche nationale Fraktion ließ Herrn Runge ihre Unterstützung, wie auch ihre Presse seit mehreren Tagen immer eine Sensationsnachricht nach der anderen über die Vornsdorfer Angelegenheit verbreiten. Genosse Kaditz ließ die großartigen Enthüllungen des Herrn Runge wie eine Seifenblase zerplatzen. Wir werden noch Gelegenheit nehmen, über die Vornsdorfer Angelegenheit authentische Angaben zu veröffentlichen. Die Sitzung schloß mit einer neuerlichen Wackprobe des Bürgerblocks bei der Wahl eines 15-gliedrigen Ausschusses zur Prüfung der Vornsdorfer Verkaufsangelegenheit.

Sitzungsbericht

Zu Beginn der Sitzung wurden drei Dringlichkeitsanträge vorgelesen. Der erste Antrag von Dr. Wenig und Gen. fordert vom Magistrat die Zahlung von 1000 M. an jeden der ungewöhnlich schlecht stehenden Pensionäre der Stadt Berlin; der zweite Antrag aller Fraktionen fordert die Ueberweisung aller Vorlagen und Anträge, die die Werte betreffen, an den schon bestehenden Ausschuss; der dritte Antrag fordert vom Magistrat, bei der Reichsregierung im Interesse der Berliner Presse wegen Entlassung eines Ausfuhrverbotes von Zeitungsdrukpapier vorstellig zu werden. Die Dringlichkeit aller drei Anträge wurde anerkannt. Ein heftiges Intermezzo entstand durch die Drohung des Nationalisten Knüppel-Runge, Obstruktion zu treiben, wenn ihm das Reden unmöglich gemacht werde.

Eine Magistratsvorlage steht in 16 Verwaltungsbezirken die Erziehung von Stadtratsstellen vor. Dazu lagen zwei Anträge vor; einer von der Volkspartei und einer von Dr. Wenig und Gen. Nach der Ausschlußrichterstattung durch Dr. Richter begründete Genosse Dr. Wenig den Antrag der U. S. P., die schon ehrenamtlich in der Kommune tätig gewesenen Ärzte bei der Besetzung der Stellen vorzuziehen. Dies sei gerechtfertigt durch die außerordentliche Bedeutung der kommunalen Sozialhygiene, für die es noch wenig geschulte Ärzte gibt, die aber für die Bevölkerung von großer Wichtigkeit sei. Die Redner der übrigen Fraktionen stimmten sowohl der Magistratsvorlage wie den beiden Anträgen zu, die dann auch einstimmig angenommen wurden.

Dr. Vorkardt (S. P. D.) erbat die Ueberweisung der Vorlage über die Bildung einer einheitlichen Bezirksschulddeputation für die Bezirke 1-6. Die Beratung wurde kurz nach 6 Uhr unterbrochen, um

die Wahlen zum Staatsrat

vorzunehmen. Die Abstimmung ergab die Anwesenheit von 224 Stadtverordneten; es schied nur ein Stadtverordneter, und zwar ein Mitglied der U. S. P.-Fraktion, das aber an den übrigen Wahlen nachher teilnahm. Infolgedessen mußte zwischen der kommunistischen und der unabhängigen Liste das Pos entscheiden, es fiel zu Gunsten der Liste Dr. Weinberg, auf der dadurch zwei Kandidaten als gewählt gelten. Die acht Mandate verteilten sich auf folgende Stadtverordnete: U. S. P.: Dr. Weinberg, Reimann als Mitglieder des Staatsrats, Frau Wenig und Frick Koch als Stellvertreter; S. P. D.: Bürgermeister Ritter, Stadtd. Czerninski; Deutschnationale: Stadtd. Dr. Steiniger und Fabian; Volkspartei: Stadtd. Hallensleben; Demokraten: Oberbürgermeister Böck.

Während das Resultat dieser Wahl festgestellt wurde, fand die Weiterberatung der Vorlage über die Bezirksschulddeputation für

3 und 2 Prozent Großbetriebe war im Jahre 1880 an Brotpotential und Kartoffeln vom Hektar mehr erzielten als Preußen mit 30 Prozent Großbetrieb, daß aber 1913 Preußen 20 bis 25 Prozent mehr auf dem Hektar erzeugte als sie. Auch bürgerliche Agrar-Ökonomen warnen jetzt vor der Anschließung, besonders im Hinblick darauf, daß den Anschließern die für rationelle Wirtschaft notwendigen Kenntnisse mangeln.

Die „Etappe Gent“ vor Gericht

In der gestrigen Verhandlung gegen den Redakteur Heinrich Wandt wegen seiner Artikel „Etappe Gent“ nahm einen breiten Raum die Erörterung der Frage ein, ob die beleidigenden Behauptungen in den Artikeln des Angeklagten über das Verhältnis des Nebenklägers Kriegesgerichtsrats Dr. Autenrieth zu der Belgierin Fräulein Villier richtig sind. R. A. Bahn vertritt eine sehr umfangreiche Erörterung darüber, ob nicht ein Verstoß gegen den Verstoß mit den Offizieren und Mannschaften jeden Verkehr mit den Belgierinnen in Kontinent untersagte, weil die Gefahr der Spionage zu nahe lag. Es sei doch festzustellen, daß der Nebenkläger Dr. Autenrieth als Militärjurist sich gegen diesen Befehl verhalten habe. Der Nebenkläger verteidigte sich gegen diesen Vorwurf; ihm sei ein solcher Befehl in dieser präzisieren Form nicht bekannt. In der weiteren Erörterung über diese Frage erwähnte Dr. A. auch zur Entschuldigung für diesen Verkehr, daß ja auch der Kommandant von Kontinent, wie allgemein bekannt gewesen, eine Waise des belagerten Festungslagers war. R. A. Bahn verlangt, daß diese Behauptung, die Dr. Autenrieth in seiner Eigenhaft als Nebenkläger getan, als Zeuge wiederholen möge. Der Verteidiger beantragte, dem Dr. A. aufzugeben, den Namen des Kommandeurs zu nennen, da dies für die Glaubwürdigkeit des Dr. A. von Bedeutung sei. — Das Gericht lehnte den Antrag ab. Hieran stellte R. A. Bahn den Antrag, den General von Lohbena, den General v. Unger, den Major Adler u. a. zum Beweise dafür zu laden, daß ein solcher strenger Befehl gegen den Verkehr mit der belagerten Bevölkerung bestand. Ferner beantragte R. A. Bahn den Redakteur Knüppel, den Abt. Fernstein, den Chefredakteur Bernhard als Sachverständigen darüber zu laden, daß es in dem Werten der politischen Satire keine ironische Bemerkungen einzuschließen und auch Uebertreibungen unterlaufen zu lassen.

Eine Reihe von Reuen die dann vernommen wurden, konnten die einzelnen Behauptungen, die in den Artikeln gegen die Nebenkläger ausgespielt wurden, im großen und ganzen nicht bestätigen. Bezüglich des Dr. Diekmann besitzt ein Zeuge,

Berlin-Mitte statt. Frau Fromm (D. Sp.) kritisierte sehr eingehend sowohl Vorlage wie Ausfuhranträge und beantragte Zurückverweisung an den Ausschuss. Dagegen wandte sich Stadtschulrat Paulsen, der darauf hinwies, daß die Mängel der Vorlage durch die Läden des Geleises Groß-Berlin verurteilt seien. Stadtschulrat (S. P. D.) wandte sich ebenfalls sowohl gegen die Magistratsvorlage wie gegen die Ausfuhranträge. Dann wurde die Beratung abermals unterbrochen, um

die Wahl der unbesoldeten Magistratsmitglieder

vorzunehmen. Da inzwischen die Versammlung vollständig ist, wurden 225 gültige Stimmen abgegeben. Von 12 unbesoldeten Stadträten erhielt die U. S. P. zwei Sitze, gem. sind Stadtrat Schlichting und Frau Stadträtin Wenig; die S. P. D. einen Sitz gewählt ist Frey; die S. P. D. erhielt drei Sitze, gewählt sind Kahl, Krebs und Treitel. Auf die bürgerlichen Parteien entfielen ebenfalls sechs Sitze; gewählt wurden: Weese und Richter (D. N. O.), Dr. Behnke und Saub (D. Volksp.) und Dr. Peters (Dem.). Ausschließend fand eine

Probewahl für die Deputationsbesetzung

statt. Sie ergab für die Deputationen mit 16 Mitgliedern paritätische Besetzung von acht sozialistischen und acht bürgerlichen Mitgliedern. Es waren für diese Wahl verbundene Listen sowohl der drei sozialistischen wie der bürgerlichen Parteien aufgestellt worden.

In der weiteren Beratung der Schulangelegenheit sprach Genosse Dr. Böwenstein für Annahme der Ausfuhranträge und schloß sich sowohl dem Entschlusse der S. P. D. an, der nur das enthält, was die U. S. P. D. bereits im Ausschuss vor 4 Jahren vertreten hat, wie auch dem Protest der Kommunisten. Wollte man den Ausführungen der Volkspartei folgen, so würde man einer Zerschlagung eines einheitlichen Schulwesens zustimmen, die große Kosten und viel Schaden für die Schulen selbst zur Folge hätte. Dem widersprach die U. S. P. D. aus grundsätzlichen und praktischen Gründen. Dagegen polemisierte Stadtd. Dr. Vorkardt (S. P. D.). Die Debatte wurde geschlossen und die Vorlage an den Ausschuss zurückverwiesen.

Auf Geschäftsordnungsantrag von Knüppel-Runge wurde die Vorlage über den Verkauf der Reußlauer Gewerkschaft Vornsdorf vorweggenommen.

Richard Runges Sensation.

Knüppel-Runge machte dann seine mit so großem Polomb angekündigten „Enthüllungen“, deren ganzer tatsächlicher Inhalt die Feststellung war, daß die Stadt mit zwei Vermittlern verhandelt habe, die schon den Offenbarungseid geleistet hätten.

Genosse Stadtrat Kaditz führte die pompöse Rede des Runge auf das richtige Maß zurück. Er teilte dem aufstrebenden Hause mit, daß die Stadt sich in allen Verhandlungen völlig freie Hand behalten und mit den kritischsten Herren nicht als Käufer, sondern als Vertreter großer Gesellschaften verhandelt habe. Außerdem sei alle Vorsicht auch insofern beobachtet worden, als man einen Betrag von 40 Millionen Mark (bei einer Kaufsumme von 30 Millionen) auf der Sauersee Bank vom Käufer habe deponieren lassen. Inzwischen sei ein weiteres Angebot von 35 Millionen eingegangen; die Stadt müsse die Gewerkschaft nicht unbedingt verkaufen, es sei aber gegenwärtig die günstigste Zeit dazu. Reußlan habe nicht das Kapital, das zur Wiederaufnahme des Betriebes erforderlich sei, und nur im Interesse der entlassenen Arbeiter, die auf eine Wiedereröffnung des Betriebes warten, habe die Stadt schweren Herzens dem Verkauf zugestimmt.

Stadtd. Dr. Wenig beantragte, zu beschließen, daß Vornsdorf nur zum Höchstpreise, nicht unter 30 Millionen M. verkauft werden dürfe. Der Rührer Dr. Kaditz hob hervor, daß Vornsdorf ein Stück Kriegswirtschaft bedeute, die sehr abbaubar ist. Auch er betonte, daß sich die Stadt bei den Verhandlungen freie Hand behalten habe, die harten Kurrisse des Herrn Runge haben ihre Erklärung in dem Umstand, daß er keine Information von einem Konkurrenten erhalten habe, dessen Angebot unter den Tisch gefallen sei. Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte wurde der Antrag an einen besonders zu wählenden Ausschuss überwiesen, der auch den Antrag Wenig als Material erhielt.

Der von einem gar nicht zu bändigenden Nachwillen besessene Bürgerblock bestand darauf, einen 15-gliedrigen Ausschuss noch einmal im Wege der Wiederwahl zu wählen, um so ein Übergewicht der bürgerlichen Stimmen zu erreichen. Es erhielten die verbundene Liste der drei sozialistischen Parteien 65 Stimmen und sieben Sitze, die bürgerlichen Parteien 95 Stimmen und acht Sitze. Zum Schluß der Sitzung beantragte der Berichterstatter des Ausschusses, der sich mit den Richtigungen der Jungferner befaßt hat, Stadtd. Genosse Runge zu befragen, die Angelegenheit wegen ihrer Dringlichkeit heute zu erledigen, der Ausschuss sei einmütig zu der Besetzung gekommen, daß die Richtigungen zurückgenommen seien. Die Stadtverordnetenversammlung beschloß aber trotzdem nochmalige Ausschussberatung.

daß dieser ein „Menschenhändler“ gewesen sei. — Von einiger Bedeutung war die Aussage des Staatsrates Dr. Simm, der in dem Falle des erschossenen Vein in allen Instanzen als medizinischer Sachverständiger tätig gewesen ist. Der Vein hat gleichfalls stets die Ansicht vertreten, daß nicht Tollkühn, sondern Nord vorliege. Eine Verfügung gegen den Verkehr mit der belagerten Bevölkerung habe bestanden. In der Sache Vein sei davon gesprochen worden, daß man eine Verurteilung zur höchsten Strafe zu wünschen scheine. Dr. Diekmann sei ein sehr nervöser Mann gewesen, der mit vorgeratener Meinung in die Verhandlungen kam und sich nicht davon abbringen ließ. Wenn Auslagen kamen, die sein Konzept änderten, sei er erregt geworden. Man habe sogar davon gesprochen, daß man sich an den General v. Schlichting wenden sollte, um Diekmann durch einen andern zu ersetzen. — Die Beweisurteile des R. A. Bahn wurden vom Gericht abgelehnt. — Die Verhandlung wurde auf Sonnabend vertagt.

Für den Redakteur Heinrich Wandt hat Rechtsanwalt Bahm eine Eingabe an den Justizminister gerichtet, die Strafverfolgung der am 21. Dezember 1920 gegen Wandt erkannten Gefängnisstrafe von 6 Monaten Gefängnis auszulösen. Der Antragsteller ist verurteilt worden weil er in einem der Artikel „Etappe Gent“ den Prinzen Heinrich Reuß XXXVII. beleidigt hat. Wandt hat jedoch einen anderen Prinzen von Reuß gemeint. Da das Urteil feststehend hervorgehoben, daß der Angeklagte in seinem Glauben gehandelt habe, hält R. A. Bahn eine Strafe von 6 Monaten für ganz exorbitant und hat deshalb bei dem Justizminister beantragt, die Strafe im Gnadenwege zu erlassen. Wandt befindet sich zur Zeit in Untersuchungshaft, weil bekannt ist, daß er sich militärische Schriftstücke verschafft und dadurch Landesverrat begangen habe. Die Untersuchung habe ergeben, daß Wandt lediglich belanglose Schriftstücke erhalten habe. Nachdem Wandt in dieser Sache verurteilt worden habe die Staatsanwaltschaft die Verurteilung der 6 Monate Gefängnis angedroht. Der Verteidiger hat beantragt, den Satzbescheid gegen Wandt aufzuheben.

Das Ende einer Phase. Der Landtag des Preussischen Westfalen-Streich hat in seiner letzten Sitzung gegen eine Stimme festgestellt, daß der von Staatsminister Freiherr von Reiblich im November 1919 gemachte Versuch, außer im Werte von drei Millionen Mark zu beschaffen, mit Zustimmung des Landesausschusses und der Staatseinkaufskommission gemacht worden ist, und zwar lediglich im Interesse des Bundes.

*) Siehe auch Nr. 588.

Nach vollständiger Renovierung der Gesamträume Eröffnung Sonnabend, 17. Dezbr., abends 6 Uhr

Engelufur 25
Fernspr. 1 Mpl. 8641

Gewerkschaftshaus

Oekon. Dir. Mathias Schröder

Engelufur 25
Fernspr. 1 Mpl. 8641

Eigene Schlächtereil

Eigene Wurstfabrikation!

Eigene Konditorei!

Theater u. Vergnügungen

Volkstheater

7 1/2 Uhr: Der Bauer als Millionär

Neues Volks-Theater

7 1/2 Uhr: Jugendfreunde

Staatstheater

7 1/2 Uhr: Die Schöne

7 1/2 Uhr: Die Schöne

7 1/2 Uhr: Die Schöne

7 1/2 Uhr: Die Schöne

7 1/2 Uhr: Die Schöne

7 1/2 Uhr: Die Schöne

7 1/2 Uhr: Die Schöne

7 1/2 Uhr: Die Schöne

7 1/2 Uhr: Die Schöne

7 1/2 Uhr: Die Schöne

7 1/2 Uhr: Die Schöne

7 1/2 Uhr: Die Schöne

7 1/2 Uhr: Die Schöne

7 1/2 Uhr: Die Schöne

7 1/2 Uhr: Die Schöne

7 1/2 Uhr: Die Schöne

7 1/2 Uhr: Die Schöne

7 1/2 Uhr: Die Schöne

7 1/2 Uhr: Die Schöne

7 1/2 Uhr: Die Schöne

7 1/2 Uhr: Die Schöne

7 1/2 Uhr: Die Schöne

7 1/2 Uhr: Die Schöne

7 1/2 Uhr: Die Schöne

7 1/2 Uhr: Die Schöne

7 1/2 Uhr: Die Schöne

7 1/2 Uhr: Die Schöne

7 1/2 Uhr: Die Schöne

7 1/2 Uhr: Die Schöne

7 1/2 Uhr: Die Schöne

7 1/2 Uhr: Die Schöne

7 1/2 Uhr: Die Schöne

7 1/2 Uhr: Die Schöne

7 1/2 Uhr: Die Schöne

7 1/2 Uhr: Die Schöne

7 1/2 Uhr: Die Schöne

7 1/2 Uhr: Die Schöne

7 1/2 Uhr: Die Schöne

7 1/2 Uhr: Die Schöne

7 1/2 Uhr: Die Schöne

7 1/2 Uhr: Die Schöne

7 1/2 Uhr: Die Schöne

7 1/2 Uhr: Die Schöne

7 1/2 Uhr: Die Schöne

7 1/2 Uhr: Die Schöne

7 1/2 Uhr: Die Schöne

7 1/2 Uhr: Die Schöne

7 1/2 Uhr: Die Schöne

7 1/2 Uhr: Die Schöne

7 1/2 Uhr: Die Schöne

7 1/2 Uhr: Die Schöne

7 1/2 Uhr: Die Schöne

7 1/2 Uhr: Die Schöne

7 1/2 Uhr: Die Schöne

7 1/2 Uhr: Die Schöne

Weihnachts-Ziehung 21. u. 22. Dez.

Wohltätigkeits-Lotterie

10000 Lose, 2000 Gew. u. 1 Prämie 1. W. Mark

100000

60000

50000

10000

Wohltätigkeits-Lose M. 3,60

10 Lose sortiert M. 36,- (Liste u. Porto

aus versch. Taus. M. 36,-) M. 1,20 extra

Lud. Müller & Co.

BERLIN C 19, Jerusalemstr. 19

Lose überall erhältlich

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N 54, Lindenstraße 83-85

Geschäftszeit: Vorm. 9 bis nachm. 4 Uhr • Tel.: Norden 333-836

Branchen-Versammlung

der Schmiede

Samstag, den 15. Dezember 1921, von

mittags 12 Uhr, in Beckers Gasthaus, Weber-

straße 17

Agenda: 1. Bericht über die Tätigkeit des

Verbandsrates in der letzten Zeit. 2. Bericht

über die Tätigkeit der Gewerkschaften in

der letzten Zeit. 3. Bericht über die

Tätigkeit der Gewerkschaften in der

letzten Zeit. 4. Bericht über die

Tätigkeit der Gewerkschaften in der

letzten Zeit. 5. Bericht über die

Tätigkeit der Gewerkschaften in der

letzten Zeit. 6. Bericht über die

Tätigkeit der Gewerkschaften in der

letzten Zeit. 7. Bericht über die

Tätigkeit der Gewerkschaften in der

letzten Zeit. 8. Bericht über die

Tätigkeit der Gewerkschaften in der

letzten Zeit. 9. Bericht über die

Tätigkeit der Gewerkschaften in der

letzten Zeit. 10. Bericht über die

Tätigkeit der Gewerkschaften in der

letzten Zeit. 11. Bericht über die

Tätigkeit der Gewerkschaften in der

letzten Zeit. 12. Bericht über die

Tätigkeit der Gewerkschaften in der

letzten Zeit. 13. Bericht über die

Tätigkeit der Gewerkschaften in der

letzten Zeit. 14. Bericht über die

Tätigkeit der Gewerkschaften in der

letzten Zeit. 15. Bericht über die

Tätigkeit der Gewerkschaften in der

letzten Zeit. 16. Bericht über die

Tätigkeit der Gewerkschaften in der

letzten Zeit. 17. Bericht über die

Tätigkeit der Gewerkschaften in der

letzten Zeit. 18. Bericht über die

Tätigkeit der Gewerkschaften in der

letzten Zeit. 19. Bericht über die

Tätigkeit der Gewerkschaften in der

letzten Zeit. 20. Bericht über die

Tätigkeit der Gewerkschaften in der

letzten Zeit. 21. Bericht über die

Tätigkeit der Gewerkschaften in der

letzten Zeit. 22. Bericht über die

Tätigkeit der Gewerkschaften in der

letzten Zeit. 23. Bericht über die

Tätigkeit der Gewerkschaften in der

letzten Zeit. 24. Bericht über die

Tätigkeit der Gewerkschaften in der

letzten Zeit. 25. Bericht über die

Tätigkeit der Gewerkschaften in der

letzten Zeit. 26. Bericht über die

Tätigkeit der Gewerkschaften in der

letzten Zeit. 27. Bericht über die

Tätigkeit der Gewerkschaften in der

Gruppen-Versammlung

der Werkzeugschleifer.

Samstag, den 15. Dezember 1921, von

mittags 9 Uhr, im Rosenhäger Hof, Kaiser-

straße 11, 12

Agenda: 1. Bericht über die Tätigkeit

des Gewerkschaftsrates in der letzten

Zeit. 2. Bericht über die Tätigkeit

der Gewerkschaften in der letzten

Zeit. 3. Bericht über die Tätigkeit

der Gewerkschaften in der letzten

Zeit. 4. Bericht über die Tätigkeit

der Gewerkschaften in der letzten

Zeit. 5. Bericht über die Tätigkeit

der Gewerkschaften in der letzten

Zeit. 6. Bericht über die Tätigkeit

der Gewerkschaften in der letzten

Zeit. 7. Bericht über die Tätigkeit

der Gewerkschaften in der letzten

Zeit. 8. Bericht über die Tätigkeit

der Gewerkschaften in der letzten

Zeit. 9. Bericht über die Tätigkeit

der Gewerkschaften in der letzten

Zeit. 10. Bericht über die Tätigkeit

der Gewerkschaften in der letzten

Zeit. 11. Bericht über die Tätigkeit

der Gewerkschaften in der letzten

Zeit. 12. Bericht über die Tätigkeit

der Gewerkschaften in der letzten

Zeit. 13. Bericht über die Tätigkeit

der Gewerkschaften in der letzten

Zeit. 14. Bericht über die Tätigkeit

der Gewerkschaften in der letzten

Zeit. 15. Bericht über die Tätigkeit

der Gewerkschaften in der letzten

Zeit. 16. Bericht über die Tätigkeit

der Gewerkschaften in der letzten

Zeit. 17. Bericht über die Tätigkeit

der Gewerkschaften in der letzten

Zeit. 18. Bericht über die Tätigkeit

der Gewerkschaften in der letzten

Zeit. 19. Bericht über die Tätigkeit

der Gewerkschaften in der letzten

Zeit. 20. Bericht über die Tätigkeit

der Gewerkschaften in der letzten

Zeit. 21. Bericht über die Tätigkeit

der Gewerkschaften in der letzten

Zeit. 22. Bericht über die Tätigkeit

der Gewerkschaften in der letzten

Zeit. 23. Bericht über die Tätigkeit

der Gewerkschaften in der letzten

Zeit. 24. Bericht über die Tätigkeit

der Gewerkschaften in der letzten

Zeit. 25. Bericht über die Tätigkeit

der Gewerkschaften in der letzten

Zeit. 26. Bericht über die Tätigkeit

der Gewerkschaften in der letzten

Zeit. 27. Bericht über die Tätigkeit

10. Ditt. 3. 1921. Nr. 615

Die 12. Ditt. von

Paul Steinbach

Die 12. Ditt. von

Paul Steinbach

Die 12. Ditt. von

Paul Steinbach

Die 12. Ditt. von

Paul Steinbach

Die 12. Ditt. von

Paul Steinbach

Die 12. Ditt. von

Paul Steinbach

Die 12. Ditt. von

Paul Steinbach

Die 12. Ditt. von

Paul Steinbach

Die 12. Ditt. von

Paul Steinbach

Die 12. Ditt. von

Paul Steinbach

Die 12. Ditt. von

Paul Steinbach

Die 12. Ditt. von

Paul Steinbach

Die 12. Ditt. von

Paul Steinbach

Die 12. Ditt. von

Paul Steinbach

Die 12. Ditt. von

Paul Steinbach

Die 12. Ditt. von

Paul Steinbach

Die 12. Ditt. von

Paul Steinbach

Die 12. Ditt. von

Paul Steinbach

Die 12. Ditt. von

Paul Steinbach

Die 12. Ditt. von

Paul Steinbach

Die 12. Ditt. von

Paul Steinbach

Die 12. Ditt. von

Paul Steinbach

Die 12. Ditt. von

Paul Steinbach

Die 12. Ditt. von

Paul Steinbach

Die 12. Ditt. von

Paul Steinbach

Die 12. Ditt. von

Paul Steinbach

Die 12. Ditt. von

Paul Steinbach

Die 12. Ditt. von

Paul Steinbach

Die 12. Ditt. von

Paul Steinbach

Die 12. Ditt. von

Paul Steinbach

Die 12. Ditt. von

Paul Steinbach

Billig

Röcke, Blusen,

Kleider, Mäntel,

Strickjacken,

eleg. Ballkleider

Das Steuerwesen Groß-Berlins

Die Organisation der Verwaltung

Vor Vertretern der Berliner Presse gab der städtische Hauptverwalter Dr. Lange eine Uebersicht über die Organisation des Steuerwesens in der neuen Einheitsgemeinde. Er führte etwa folgendes aus:

Die Verwaltung der Gemeindesteuern und derjenigen Reichs- und Landessteuern, deren Verwaltung der Stadtgemeinde übertragen ist, erfolgt durch die Finanz- und Steuerdeputation und die ihr unterstehende Hauptsteuerverwaltung. Der Finanz- und Steuerdeputation steht die Entscheidung in allen Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung zu. Hierzu gehören insbesondere die Aenderung bestehender und die Einführung neuer Steuerordnungen. Die Hauptsteuerverwaltung sorgt für gleichmäßige Handhabung der Steuergesetze in den Bezirken, ist zuständig für die Bearbeitung von Steuerordnungen, Vorbereitung des Steuerhaushalts und Führung der Statistik. Sie bearbeitet die aus der laufenden Gesetzgebung des Reichs und Landes sich ergebenden Maßnahmen und ordnet die Einziehung der Steuern, ihre Abführung an die Stadthauptkasse und rechnet mit den Reichs- und sonstigen Kassen ab.

Die Bearbeitung der einzelnen Steuerfälle, die Veranlagung und Einziehung der Steuer, Entscheidung über Rechtsmittel, Einbringungsanträge usw. erfolgt durch die Bezirksämter. Insofern ist völlige Dezentralisation der Steuerverwaltung durchgeführt. Bei der Zentralverwaltung werden nur die Steuerfälle einiger ganz bestimmter Spezialgebiete bearbeitet, für die an die Hauptsteuerverwaltung ein Stadtkassamt angegliedert ist. In den Bezirken sind für die Bearbeitung der Steuern Steuerämter gebildet worden. Die Steuerstellen der früheren Einzelgemeinden sind in jedem Bezirk zu einem Bezirkskassamt vereinigt worden. Die Steuerämter sind für ganz Berlin einheitlich in folgende Abteilungen eingeteilt:

- Abteilung A: Einkommensteuer:**
 - a) Einkommensteuer. Mitwirkung bei der Veranlagung der Reichseinkommensteuer. Kontrolle der Verteilung der Reichseinkommensteuer (mit Ausnahme der Forensen und jur. Personen).
- Abteilung B: Grundbesitz:**
 - a) Grundsteuer (mit Ausnahme der öffentlichen Grundstücke).
 - b) Werkschutzsteuer.
 - c) Grunderwerbsteuer.
 - d) Kanalisationsgebühren.
- Abteilung C: Gewerbe:**
 - a) Gewerbesteuer.
 - b) Betriebssteuer.
 - c) Schankkonzessionssteuer.
 - d) Reichsumsatzsteuer (Umsatzsteueramt).
- Abteilung D: Bewegliche Steuern:**
 - a) Luftfahrtssteuer.
 - b) Kraftdrohnensteuer.
 - c) Verkehrsgebührensteuer.
- Abteilung E: Aufwandssteuer:**
 - a) Wohnungszusatzsteuer (noch nicht in Kraft).
 - b) Hundsteuer.
 - c) Steuer auf Wagen und Pferde (noch nicht in Kraft).

Die Einziehung der Steuern erfolgt durch Steuerfassen, die ebenfalls den Bezirksämtern unterstehen. Die erforderlichen Umlegungen sind erfolgt, so daß jetzt jede Steuerklasse grundsätzlich nur im Gebiet eines Bezirksamts liegt. Die Kassen führen die Nummer des Verwaltungsbezirks und unterscheiden sich innerhalb des Bezirks durch Buchstaben (Steuerklasse VII B usw.). Die Steuerfassen erheben die von den Bezirksämtern bearbeiteten Steuern und ferner auch die Reichseinkommensteuer, letztere mit Ausnahme der Finanzamtsbezirke 16 und Steglitz, wo sie verhältnismäßig durch die Finanzkasse erhoben wird. Die einheitliche Organisation des Kassenapparates, den die städti-

sche Steuerverwaltung darstellt, ist seit Monaten durchgeführt und arbeitet ohne Reibungen.

Im Reichsfinanzministerium wird seit längerer Zeit die Frage geprüft, ob auch die Veranlagung der Umsatzsteuer auf die Finanzämter übernommen werden kann, während die Stadt Berlin den Antrag gestellt hat, ihr die Verwaltung dieser Steuer noch auf mindestens 10 Jahre zu belassen. Da diese Aufgabe von den städtischen Steuerbehörden anerkanntermaßen gut gelöst wird, ist nur zu wünschen, daß die Reichsfinanzverwaltung dem Antrage der Stadt Berlin entspricht, damit im Laufe der Jahre die Ueberlastung der Berliner Finanzämter ausgeglichen und die Veranlagung der Reichsteuern rechtzeitig und mit der Gründlichkeit durchgeführt werden kann, die im Interesse des Reichs, der Stadt und auch der Steuerpflichtigen unbedingt erforderlich ist.

Die Ausführungen des Hauptsteuerdirektors lassen erkennen, daß in dem kommunalen Steuerwesen Berlins durch die Begründung der Einheitsgemeinde ein außerordentlicher Verwaltungstechnischer Fortschritt erzielt worden ist. Während früher in den zahllosen Einzelgemeinden und Vororten oft nur ganz kleine Steuerbehörden bestanden, deren wenige Beamte sich einfach nicht an alle Spezialfragen der einzelnen Steuern einzuarbeiten konnten, ist jetzt durch die Vereinigung dieser Behörden in den Bezirkssteuer-Ämtern die Möglichkeit gegeben, die Tätigkeit der einzelnen Beamten zu spezialisieren und dadurch den Behördenapparat im Interesse der Bevölkerung beweglicher zu gestalten.

Von besonderer Bedeutung waren die Ausführungen Dr. Langes über die außerordentliche Abhängigkeit der Einheitsgemeinde von ihrer Aufsichtsbehörde. Es ist ein unheilbarer Zustand, daß das Duzend reaktionärer Beamten im Oberpräsidium einfach über die kommunalen Steuerbedürfnisse einer Millionen-gemeinde wie Berlin zu entscheiden hat. Alle Mühe, die sich die kommunalen Beamten und vor allem die sozialistischen Parteien geben, der Stadt bei der wirklich bestehenden Bevölkerung durch Zugestehen neuer Einnahmequellen zu erschließen, wird willkürlich von dem Oberpräsidium unwirksam gemacht. So ist die schon vor Monaten von den städtischen Kollegien beschlossene Wohnungs-Zugestehsteuer noch immer nicht genehmigt, angeblich aus juristischen Bedenken, in Wirklichkeit aber deshalb, weil das Oberpräsidium es für seine vornehmste Aufgabe hält, die Interessen der Leute vom Kurfürstendamm wahrzunehmen.

In neuen Steuerplänen ist vor allem eine Verkehrssteuer auf Wagen und Pferde und die Kraftdrohnensteuer zu nennen. Alle drei Steuern gehen ebenso wie die von Preußen beabsichtigte Verkehrssteuer von dem Grundbesitz aus, daß von denjenigen, die die öffentlichen Straßen am meisten abnutzen, auch die Mittel für die Instandhaltung der Straßen im Wege der Besteuerung aufgebracht werden sollen. Die Kraftdrohnensteuer soll 10 Prozent des Fahrpreises betragen und in die Taxe eingerechnet werden, so daß sie praktisch vom Fahrgast getragen wird. Sie wird am kommenden Montag in Kraft treten, dagegen steht die Genehmigung für die Steuer auf Wagen und Pferde noch aus.

Das neue Steuerbuch

Vorige Woche teilten wir mit, daß durch die Bezirkssteuerämter neue Steuerbücher für Arbeitnehmer zur Verfügung kommen. In einigen Bezirken sind schon viele im Besitz des Buches; denen, die es noch nicht erhalten haben, wird es spätestens bis zum 24. d. M. zugestellt. Alle diejenigen, die dieses Buch nicht erhalten, da sie vor dem 1. Oktober in einer anderen Gemeinde ihren Wohnsitz hatten, müssen sich das Buch von ihrer früheren Wohngemeinde einfordern. Bis zum 1. Januar muß jeder das Buch seinem Arbeitgeber aushändigen. Auf der Vorderseite des neuen Steuerbuches werden von der Steuerbehörde die Beträge bezeichnet, die der Arbeitgeber bei der Steuerberechnung dem Arbeitnehmer auf Grund des Steuergesetzes nicht in Abzug bringen darf. Dabei ist zu beachten, daß

von der Steuerbehörde allerdings nur die zur Zeit geltenden Sätze angegeben sind, die schon in kürzester Zeit eine bedeutende Erhöhung erfahren werden. Durch eine Verfügung werden dann wahrscheinlich allgemein die jetzt angegebenen Summen entsprechend heraufgesetzt. Nicht berücksichtigt von der Steuerbehörde sind solche abzugsfähige Beträge für Arbeitnehmer, die nach dem Steuergesetz gewährt werden müssen für Unterstützung mittellose Angehöriger. Für jede solche unterstützte Person müssen bis auf weiteres weitere 180 Mark Steuerermäßigung im Jahr gewährt werden. Ferner sind unberücksichtigt geblieben die steuerfreien Werbungskosten über 1800 M. Entsprechend der generellen Festsetzung dieser Summe sind 180 M. Steuer zu erlassen, aber in den Fällen und Berufsen, deren besondere Art besonders hohe Werbungskosten erfordert, muß diesen Rechnung getragen werden und eine weitere Ermäßigung eintreten.

In den vorher bezeichneten Fällen ist es zur Erspargung der am Jahresabschluss zulässigen freiwilligen Veranlagung, die nicht berücksichtigten Verhältnisse nachträglich Rechnung trägt, möglich, diese Summen noch nachträglich auf die Vorderseite des neuen Steuerbuches durch das Finanzamt eintragen zu lassen. So daß die Arbeitgeber gezwungen sind, beim Lohnabzug auch diese Beträge steuerfrei zu lassen. Dafür in Betracht kommende Steuerpflichtige müssen nach Empfang ihres Buches unter Beifügung der Beweismittel, am besten persönlich, bei ihrem zuständigen Finanzamt einen Antrag stellen, daß die ihnen zustehende steuerfreie Summe von dort bescheinigt wird.

Gleichzeitig betonen wir nochmals, daß in allen Fällen der Erwerbstätigkeit beider Eheleute, bei dem Ehemann auch der steuerfreie Betrag für die Ehefrau nicht angerechnet werden darf.

Darf ein Sozialist . . ?

Letztes Wort an die Zwischenmeister und — an die anderen

Wir veröffentlichten vor einiger Zeit eine Betrachtung über die Teuerung in der Konfektion, wobei das in dieser Industrie übliche Zwischenmeister-System recht übel wegkam. Seitdem sind die Herren Zwischenmeister böse mit uns, was weiter nicht schlimm ist. Schlimmer ist schon, daß die gekränkten Zwischenmeister uns Tag und Nacht mit kilometerlangen Zuschriften überschütten. Am schlimmsten aber ist, was in diesen Zuschriften steht. Da werden alle möglichen anderen Faktoren für die Mißstände in der Konfektion verantwortlich gemacht, die die Herren Zwischenmeister aber über den grünen Klee gelobt und gepriesen. Eine kleine Minderheit, so ja, die wäre freilich eine böse Zucht, doch die erdrückende Majorität glänze dafür um so heller durch tabulose Gefinnung, vollendete soziale Einsicht und proletarische Moral. Und manch einer von den geehrten Briefschreibern stellt sich gar mit Nachdruck als organisierter Sozialdemokrat vor.

Mit Verlaub, ihr Herren! Was und wie ihr persönlich geartet seid, stand niemals zur Debatte und kommt auch nicht im mindesten in Betracht. Als Zwischenmeister aber, das heißt als Repräsentanten eines bestimmten Systems seid und bleibt ihr von Uebel. Gewiß, dieses System ist nur ein Teil des Gesamtsystems des Kapitalismus, und das wäre vielleicht eine Rechtfertigung, wenn es nur nicht die Ausbeutungstendenzen des Kapitalismus in so unerträglicher Weise verschärfen würde, daß die kapitalistische Produktion dort, wo sie ohne die Zwischenmeister organisiert ist, geradezu wie ein Eldorado wirkt, wenn man sie neben zwischenmeisterlich organisierte Produktionszweige hält. Das ist eine Tatsache, die jedem Arbeiter-Schüler der Nationalökonomie geläufig ist, und sie sollte auch jedem Sozialisten unbetannt sein, selbst wenn er Zwischenmeister ist.

Im übrigen mag es unter den Zwischenmeistern eine größere oder kleinere Anzahl von persönlich ehrenhaften, menschlichen und wohlwollenden Leuten geben. Wir bezweifeln allerdings, daß sie diese schätzenswerten Eigenschaften im Rahmen ihrer Stellung im Produktionsprozess in besonderem Umfang betätigen können, ohne diese Stellung zu gefährden. Das System ist eben das Entscheidende nicht der Wille des einzelnen. Der mag gut oder schlecht sein — mitunter vielleicht stramm sozialistisch —, das System verliert dadurch ebensoviele von seiner Niedertreue wie der Kapitalismus im allgemeinen durch die Tatsache, daß es vereinzelt Unternehmen gibt, die sich zum Sozialismus bekennen und auch sonst erfreuliche Erscheinungen sind. Daß im besonderen in der Konfektionsindustrie neben der Zwischenmeisterlei noch alle sonstigen Schichten des Kapitalismus im Spiele sind und die Preise in die Höhe treiben, bedarf keines Wortes, am wenigsten Sozialisten gegenüber. Um ja verheerender wirkt jedoch das Zwischenmeister-System, da es zu den normalen Schichten des Kapitalismus noch die be-

Der einzige Weg

Roman von Paul Rebouz

Herausgeber von Hubert Fink. Copyright 1921 by Grelllein & Co. G. m. b. H., Leipzig.

(2. Fortsetzung)
Der Born übermannie ihn aufs neue. Er mußte seiner Entrüstung Luft machen, und so erzählte er Dupont die ganze Geschichte. Er erging sich in so heftigen, so wütenden Ausdrücken, daß Dupont ausrief:
„Aber hör' mal, alter Knabe, hör' mal, das ist böse... Du bist ja in deine Stenotypistin regelrecht verknallt!“
„Ich?“ schrie Réal ganz verblüfft.
„Regelrecht!“
„Ich verliebt? Du bist nicht bei Trost!“
„Es springt doch in die Augen.“
Réal empfand diese Enthüllung wie einen Schlag; aber er prüfte sie noch nicht auf ihre Richtigkeit, er wies sie einfach ab.
„Das ist erzwungen. Du redest Dummheiten.“
„Gut, gut, mähige dich ein bißchen.“
Dann wechselte er den Gegenstand:
„Ich habe dir etwas mitgebracht. Einen Band Gedichte. Der Verfasser ist ein sehr netter junger Mann. Er wäre glücklich, wenn du, der du so gute Beziehungen zur Presse hast, ein Wort darüber schreibst.“
Er öffnete ein kleines Kästchen. Der Titel des Wertes wurde sichtbar: „Der ewige Haß“.
„Patriotische Gedichte“, erklärte Dupont.
Réal hatte nicht übel Lust, ihn anzuschreien: da kommt du an den Richtigen, mein Sohn. Aber er begnügte sich, zu antworten:
„Gut, ich will die Gedichte lesen. Aber ich muß dir gleich sagen, ich bin nicht der Mann des Hasses...“
Er warf das Buch nachlässig unter andere Papiere.
„Da kriegen die Böses etwas ab“, räumte Dupont.
„Wo hat denn dein guter Freund den Krieg mitgemacht?“
„Je nun, er ist schwächlich, er wurde gleich zu Anfang entlassen. Aber seinen Onkel dürftest du kennen: Stefan Dragan, den früheren Handelsminister...“
„O ja“, sagte Réal ungeduldig. „ich begreife sehr gut.“
Etwas verdrießlich über die kühle Aufnahme äußerte Dupont:
„Tu, was du willst, alter Freund. Ich habe dich lediglich um eine Gefälligkeit gebeten.“

„Ich wäre dir viel lieber in irgendeiner anderen Sache gefällig. Leute, die immer mit ihrem Aß Aß andere aufheben und selbst hübsch im Hintergrund bleiben, liebe ich nicht sehr; und die Schwächer vom Völkchen, auch die in Alexandrinern, liebe ich erst recht nicht.“

Dupont grinste:
„Bist du vielleicht deutschfreundlich geworden?“
Réal neigte den Kopf und sagte sanft:
„Ich kann dir wirklich nicht sagen, was ich eigentlich geworden bin.“

Die Unterhaltung war bald zu Ende. Dupont verabshiedete sich, heuchelte gute Laune, obgleich er durch Réals ziemlich offene Ablehnung verstimmt war, und erhielt von Réal einige freundschaftliche Küsse in den Rücken, sowie den Rosenamen „mein alter Dupont“, wodurch Réal die Unfreundlichkeit seiner Antwort zu mildern hoffte.

„Ich bin in Yvonne verliebt!“ sagte er sich vor, als er endlich wieder an seinem Tisch saß.

„Es ist lächerlich... aber immerhin...“
Er vergegenwärtigte sich die Fortschritte seiner Gefühle für Yvonne, er fragte sich, ob seine Frau neulich mit ihrem Verdacht nicht im Grunde recht gehabt hatte und ob Dupont nicht eben ganz richtig urteilte.

Aber zugleich dachte er an den Altersunterschied, an das Unrecht, das er gegen das junge Mädchen beginge, wenn er sie in ein ausichtsloses Abenteuer mit einem verheirateten Mann verwickelte, an seine Unkenntnis ihrer Gefühle.

Und schließlich noch der Unterschied in ihren Anschauungen! Er fühlte wohl, daß ihre Nachgiebigkeit keineswegs von Dauer war. Wenn sich ein Gewissensstreit zwischen ihnen erhob, würde sie ihre Meinung abswören? Oder sollte er um einer vielleicht flüchtigen Liebelei willen auf seine Ueberzeugung verzichten, der er schon sein Fortkommen, seinen Hausfrieden, seine Aussichten geopfert hatte?

Er wiederholte immerfort: „Bin ich in diese kleine Verknalltheit? Ich denke doch nicht daran. Sie ist zweifellos liebenswürdig, ein entzückendes Geschöpf. Sie hat auch Anhänglichkeit an mich, das ist unverkennbar. Soll ich mein Glück bei ihr versuchen? Aber, unsere Anschauungen...“
Widrig begann er an der Berechtigung seiner Zweifel zu zweifeln. Yvonne war jung, klug, vielleicht hatte sie recht? Hatte er sich vielleicht aus Ueberreiztheit in jene Theorien veranlaßt, die ihn seit einiger Zeit so ganz in Anspruch nahmen? Und mit Bedauern dachte er zurück an die Zeit, da er nichts anderes gewollt war als „der bekannte Schriftsteller Jacques Réal“.

Das liebenswürdige Frankreich.

„Können Sie Deutsch, Fräulein Yvonne?“
„Ja.“
„Aberhand Hochachtung. Sie sind gelehrter als ich.“
„Warum fragen Sie mich, ob ich Deutsch kann? Beabsichtigen Sie die Vorträge, die Sie in der Schweiz halten wollen, in diese wohlklingende Sprache zu übersetzen?“
„Ach nein. Aber ich habe Berliner Zeitungen erhalten, die über eins meiner Stücke berichten, das jüngst dort gespielt wurde. Wollen Sie die Zeitungen mal durchsehen und mir dann Näheres über die Kritiken sagen?“
Sie nahm die Zeitungen und überfachte ohne Schwierigkeit. Die Berliner Kritiker äußerten sich mit einer etwas geschraubten Höflichkeit über die Vorstellung, in der die Pariser Grazie offenbar gut auf das Publikum gewirkt hatte. Réal lautete angenehm berührt:
„Sie sind ja ganz liebenswürdig dort drüben...“
Mit einem Male hörte er nicht mehr zu. Er sah nur noch die Leserin. Er laubte sich an der Form ihrer Lippen, er schlürfte die Musik ihrer Stimme. Wenn sie inne hielt, um das genau passende Wort zu suchen, richtete sie ihren von Klugheit leuchtenden Blick auf Réal. Es tat ihm fast leid, daß sie sich so anstrengen mußte; und doch freute es ihn, daß diese Anstrengung ihm und seiner Zufriedenheit galt.
Noch ein letzter Artikel war zu übersehen. Es war ein enggedruckter Aufsatz einer umfangreichen Monatschrift. Der Verfasser, offenbar ein sehr gelehrter Herr, machte sich nicht leicht. Er benützte das Theaterstück, um die französische Seele zu analysieren. Er kam zu einem sehr trüben Ergebnisse. Nach seiner Meinung bedeutete die deutsche Niederlage nur einen augenblicklichen Rückschlag. Das spottultrige und zügellose Frankreich aber sei zu einem raschen Niedergang verurteilt. Yvonne überfachte den Artikel mit wachsender Erregung. Den Franzosen wurde da zum Vorwurf gemacht, daß sie, von einigen Haarträussern und Köchen abgesehen, untätig in ihrem Lande sitzen blieben, vom Auslande nichts wüßten, ihre Kolonien nicht auszunutzen verstanden, den Weltmarkt vernachlässigten, durch ihre Schuldscheine zur Untätigkeit verdammt sind, Eisenbahnen und Wasserstraßen nicht ausbauen. Das schlecht ausgedeutete, schlecht verwaltete, kinderarme Frankreich wurde schließlich dem Jabelstier verglichen, das seine Beine auftritt, ohne es zu merken...
(Fortsetzung folgt.)

sonderen Nachteile hinzugefügt, die mit seinem eigenen Wesen verbunden sind.

Darf also ein ausländischer Mensch, darf namentlich ein Sozialist Zwischenmeister sein? Offen herausgelagt: Nein! Wer es trotzdem mit seinem Gewissen vereinbaren kann, eine Tätigkeit auszuüben, die kraft der ihr innewohnenden Gesetze, aber ganz unabhängig von seinem lo oder lo gearteten Willen, ausbeuterischer Natur ist, der mag es tun. Eine solche Tätigkeit besonders höher Art übt selbst der bravste Zwischenmeister, läßt jeder Unternehmer und jeder Agent eines Unternehmers aus, mag er zum Sozialismus stehen wie immer.

Wir moralisieren nicht und brechen daher nicht den Stab über solche Naturen, obwohl wir sie nicht gerade übermäßig sympathisch finden. Wir müssen es uns aber verbitten, wenn sie, um vor sich selbst und anderen gerechtfertigt zu sein, mit dem Anspruch aufzutreten, daß wir das verwerfliche System, dem sie dienen — ganz gleich, ob als Engel oder Teufel dienen — um ihrerwillen heilig sprechen. Gewiß, auch der Arbeiter dient letzten Endes diesem System, ob er will oder nicht, aber er tut es als Ausgebeuteter und gezwungen, nicht als Ausbeuter und freiwillig. Das entscheidet — nicht das Mitgliedsbuch der SPD., U.S.P., R.P.D. oder A.P.D.! Wäre es anders, so müßten bloß alle Kapitalisten anfangen, Mitgliedsmarken zu lieben, und der Sozialismus wäre da. Doch das glauben wohl nicht einmal die beabsichtigten Zwischenmeister!

Ber ist der Vater?

Eine Tragikomödie des Lebens

Ein Meineidsprozeß, welcher trotz der sehr ersten Grundlagen doch eines gewissen humoristischen Einschlags nicht verfehlt, beschäftigt das Schwurgericht des Landgerichts II. Wegen Meineids und Anstiftung waren die Strahlgewerkschaftler Graupe und Walter angeklagt. Beide wurden beschuldigt, in zwei gegen sie angestrenzten Alimentationsprozessen sich gegenseitig dadurch unterstützt zu haben, daß der eine in der Sache des andern beschworen hatte, mit der Frau des andern in Beziehungen gestanden zu haben. Vor Gericht bestritten beide Angeklagte, einen Meineid geleistet zu haben und erzählten in glaubhafter Weise die Geschichte ihrer Liebesabenteuer. Beide hätten sich eines Tages über die Schlechtigkeit der Welt im allgemeinen und die der Frauen und jungen Mädchen von heute im besonderen unterhalten. Als sie die Namen ihrer gegenseitigen Verhältnisse nannten, hätten sie beide erst sehr ernsthafte Gesichter gemacht, um dann in ein schallendes Gelächter auszubrechen, da wenige Worte genügt, um die Tatsache festzustellen, daß sie sich gegenseitig nichts vorzuwerfen hätten. Als ihnen dann, fast am gleichen Tage, die beiderseitigen Geliebten das bewußte süße Geheimnis ins Ohr flüsterter, hätten sie beide dankend die Ehre der Vaterschaft abgelehnt und wären wohlgenut aufs Gericht gegangen, um mit reinem Gewissen den fraglichen Eid zu leisten. Das Gericht schenkte der Darstellung der beiden Angeklagten Glauben und sprach sie frei.

Der Boten-Marder

Bereits über 500000 Mark ergaunert

Über 150 Anzeigen liegen jetzt bereits gegen einen abgefeimten Gauner vor, der trotz aller Warnungen immer noch mit großem Erfolge an der Arbeit ist. Es handelt sich um einen noch unbekanntem Menschen, der Geschäftsboten aufkauft, sie fittet, für ihn gegen ein gutes Trinkgeld eine Belohnung zu machen und dann deren Gepäck als Pfand in seinen Gewahrsam nimmt. Natürlich verschwindet er damit, und der Schreck, den er den Boten zur Einlösung übergeben hat, über die Rechnung, die er für ihn einzulösen soll, sind gefällig. Seine Beute, die er auf diese Weise gemacht hat, beläuft sich bereits auf über eine halbe Million Mark. Seine Schwindelereien haben für die Geschädigten bereits sehr schlimme Folgen gehabt. Ein Uhrmacher, der einen sehr großen Schaden erlitten hatte, hat sich aus diesem Grunde das Leben genommen. Eine Schneiderwerkstatt hat ihren Kunden 80000 Mark ersuchen müssen. Die Folge war, daß das Geschäft zusammenbrach und die Frau des Inhabers geistesgestört wurde. Die Kriminalpolizei warnt nochmals vor dem Schwindler. Es ist dies ein Mensch, der meistens einen Reagenzglas, braune, umgeschlagene Hosen und braune Schürze trägt. Er hat ein gemadetes schwarzes Kostüm und wird wahrscheinlich gerade jetzt in der Weihnachtszeit wieder neue Opfer suchen. Mitteilungen über ihn nimmt die Dienststelle B II 3 im Zimmer 154 k des Berliner Polizeipräsidiums entgegen.

Freigabe der George-Gross-Zeichnungen. Wie der amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat Minister Seneering an die Restaurationspräsidenten und den Postsekreterpräsidenten in Berlin folgende Verfügung erlassen: „Durch Erlass vom 6. November 1921 ist u. a. die Beschlagnahme der Sammlung postlicher Zeichnungen, das Geleit der herrschenden Klasse“ von George Gross, erschienen im Wall-Verlag, Berlin-Halensee, verfügt worden. Im Hinblick auf die inzwischen eingetretene postliche Entlohnung kann ich nicht anerkennen, daß die Zeichnungen weiterhin geeignet sind, verfassungsmäßige Organe des Reiches in einer den Frieden des Reiches gefährdenden Weise verächtlich zu machen. Ich habe mich daher entschlossen, einer Beschlagnahme des Wall-Verlages gegen die Beschlagnahme stattzugeben, und hebe hiermit die Beschlagnahme-Verfügung vom 6. November 1921 auf.“

Nachruf. Wieder ist ein Veteran der Arbeiterbewegung dahingegangen. Am Sonntag verschied nach langem schweren Leiden der Genosse Emil Schmidt, Reinickendorfer-Weg, Eichhornstr. 68, im 65. Lebensjahre. Schon in seiner frühesten Jugend schloß er sich der Arbeiterbewegung an. Unter dem Sozialistengesetz geht und verfolgt und einer halbjährigen Gefängnisstrafe unterworfen, blieb er doch der Bewegung treu. Unermüdet in der Kleinarbeit, hat er namentlich als Armendeputierter und Waisenrat in Reinickendorf im Interesse der Armen und Bedrängten Vortreffliches geleistet. Wir verlieren in ihm einen unserer Besten!

Henningsdorf. Der Genosse Lagerhalter Karl Paul ist am 13. d. Mis. nach monatelanger Krankheit verschieden. Die Beerdigung findet am Sonntag, dem 17. nachmittags, auf dem Friedhof in Henningsdorf statt. Wieder stehen wir am Grabe eines unserer Besten, der schon seit vielen Jahren für unsere Sache wirkte und stritt. Er war einer der wenigen welche in der Zeit, als die Kriegsturme durch das Land brauste, das Banner der Revolution mit starker Hand ergriffen. Auch er gehört zu den vielen, an denen die Leiden des Krieges nicht spurlos vorübergegangen sind. Eine tödliche Krankheit hat ihn dahingerafft. Ein treues Andenken ist ihm gewiß!

Gewerkschaftliches

Enthüllung eines Denkmals für Carl Legien

Auf dem in schönstem Rahmen prangenden Zentralfriedhof in Friedrichsfelde, wo neben so vielen Führern der Arbeiterschaft auch Carl Legien seine letzte Ruhestätte hat, wurde gestern für den langjährigen Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ein Denkmal enthüllt. Zu der kurzen, eindrucksvollen Feier hatten sich der Bundesausführer des A. D. G. B., Vertreter des Afa-Bundes und der Berliner Gewerkschaftskommission eingefunden.

In Vertretung des erkrankten 1. Vorsitzenden des A. D. G. B. hi. li der 2. Vorsitzende, Graßmann, die Wehrrede bei der Denkmalsenthüllung. Er widmete dem Gewerkschaftsführer und Menschen Legien warme Worte der Anerkennung. Im Sinne Legiens, der ein leuchtendes Vorbild unerklärlicher Zuversicht und Glaubens an den Sieg der Befreiungsidee der Arbeiterschaft sei, arbeite der A. D. G. B. weiter. Wie Legien, kenne der A. D. G. B. nur ein Ziel: mit aller Kraft und Energie der Arbeiterschaft zu dienen und mit eiserner Zähigkeit für eine bessere Zukunft der Arbeiter zu arbeiten.

Für den Afa-Bund hielt dann Sili eine kurze Ansprache. Er gedachte des Toten als eifrigen, tatkräftigen Förderers und Mitbegründers des Afa-Bundes, dem in allen Herzen der freigewerkschaftlich organisierten Angestellten ein unvergängliches Denkmal gesetzt sei.

Das Denkmal

Das Denkmal Carl Legiens wirkt durch die Wucht seiner Einfachheit. Ein etwa drei Meter hoher Felsen aus unbehauenen Rauhstein, links oben sich etwas neigend, ohne jede Verzierung, ohne Daten, trägt erhaben in kräftiger Blockchrift eingemeißelt nur den Namen Legien. Das Grab selbst ist mit Tannengrün geschmückt, von Steinen eingefast, die zu beiden Seiten von mittelgroßen Tannen flankiert sind.

Zur Feier der Denkmalsenthüllung wurden durch den A. D. G. B. und Afa-Bund am Grabe Kränze mit roten Rosen und Schleifen niedergelegt.

Betriebsräte und Funktionäre des Transportwesens

Heute, Freitag, abends 6 Uhr, findet in der Bod-Brauerei, Fiedrichstraße, eine Versammlung sämtlicher Betriebsräte und Funktionäre der Staatsbahnen, Kleinbahnen und Omnibusbetriebe Groß-Berlins statt. Auf der Tagesordnung steht:

Stellungnahme zur Hochbahner-Bewegung.

In Anbetracht der Wichtigkeit ist das Erscheinen sämtlicher Funktionäre unbedingt erforderlich.

Zum Kampf der Hochbahner

Die neue Vermittleraktion im Hochbahnerzustand.

Wie wir erfahren, werden auf Einladung des Verkehrsamtes Groß-Berlin im Beisein von Magistratsvertretern am heutigen Freitagvormittag die letzten Einigungsverhandlungen zwischen den Angestellten und Arbeitern der Hoch- und Untergrundbahn beginnen. Zu diesem von den städtischen Behörden eingeschlagenen, im Interesse des öffentlichen Verkehrs unbedingt erforderlichen Verfahrens haben bereits die Vertreter der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer ihre Zusage erteilt. Es wäre nur zu wünschen, daß bei diesen Verhandlungen recht bald ein gütlicher Ausgleich geschaffen wird, da, falls die Aufnahme des Betriebes beschlossen wird, immerhin noch die Behebung der technischen Schwierigkeiten einen ganzen Tag erfordern wird.

Am heutigen Tage treten auch die Funktionäre aller Verkehrsanstalten zusammen, um Stellung zur Hochbahner-Bewegung zu nehmen, über deren Ergebnis wir erst morgen berichten werden können.

Zur Reichstagung der Meiereiangestellten

Über das wirtschaftliche Elend der land- und forstwirtschaftlichen Angestellten brachten wir in unserer Sonntagsnummer eine kurze Schilderung, und, um den besonders prekären Verhältnissen in diesen Berufen abzuhelfen, traten am Montag im Hause des deutschen Landarbeitersbundes in Berlin die obigen Angestellten zu ihrer ersten Reichskonferenz zusammen. Die gewerkschaftliche Organisation dieser Angestellten ist dem Afa-Bund angeschlossen. Pipinski-Berlin sprach über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Angestellten und über die Lage des Kollert- und Käsegewerbes, die durch die technische Entwicklung einen mehr industriellen Charakter annehmen. Die Arbeitsverhältnisse hielten aber nicht Schritt und durch eine ungerade Lehrlingslehre wird die wirtschaftliche Lage der Angestellten immer schlechter. Redner führte diverse Zahlen an, die wir bereits in unserer Sonntagsnummer brachten. Er wies ferner darauf hin, daß die älteren Angestellten kaum noch in Lohn und Brot zu bringen sind, außerdem sabotieren die Unternehmer die Arbeitsnachweise. Die geistigen Tarifverträge stehen zudem meist nur auf dem Papier.

Karl Wanger-König sprach über die Verhältnisse in Süddeutschland, vornehmlich in Bayern, Württemberg und Baden. Dort sind dieselben Verhältnisse wie in Norddeutschland anzutreffen und die Hoffnungen kommen, wenn sie erwartet werden, zu keinem Entschluß. Schürich, Leipzig, referierte über die Reichsarbeitsgemeinschaft. Anschließend daran wurde eine Resolution angenommen, in der gegen den Terror der Arbeitgeber in diesen Berufen protestiert und darauf hingewiesen wird, daß das Schlimmste für den Rückgang der Produktion befürchtet werden muß, die zu einer Katastrophe werden kann. Die zuständigen Ministerien werden auf die Verhältnisse aufmerksam gemacht, um Schritte und Maßnahmen in die Wege zu leiten, diesen Verhältnissen zu begegnen.

Ferner billigt die Reichstagung die bisherige Haltung und Tätigkeit ihrer Vertreter in der Reichsarbeitsgemeinschaft und beauftragt dieselben, mit aller Energie darauf hinzuwirken, daß die Reichsarbeitsgemeinschaft endlich einmal die erforderlichen Schritte zur Behebung der allgemeinen Notlage sowie der Mißstände im gesamten Arbeitsverhältnis unternimmt. Damit waren die Arbeiten der Reichstagung beendet.

Streit der Hiesener

Die Lohnherhöhung, die der für das Hochbahngewerbe am 23. 11. d. J. gefällte Schiedsspruch enthielt, wurde, wie im Hochbau auch von den Hiesenern und Helfern Berlins, deren Stundenlöhne sich vertraglich nach dem im Hochbau gezahlten Löhnen regeln, abgelehnt. Die Stundenlöhne hätten nach Annahme der Lohnherhöhung nur das 12fache des Friedenslohnes betragen, während die Kosten für die Lebensmittel und Bedarfsartikel dagegen sich zwischen dem 25 bis 30fachen und darüber des Friedensstandes bewegten.

Daher forderten die Hiesener und Helfer einen Lohn von 15 Mark für die Stunde. Verhandlungen darüber fanden nicht statt. Infolgedessen wurde am Freitag und Sonnabend voriger Woche die Arbeit überall eingestellt.

In zwei sehr gut besuchten Versammlungen, die am Montag, den 12., und Mittwoch, den 14. d. Mis. stattfanden, wurde zur Lohnbewegung Stellung genommen und beschlossen, daß die Ausführung aller Hiesenerarbeiten verboten sei. Wir bitten die organisierte Arbeiterschaft des gesamten Hochbaues — und der in Betracht kommenden Betriebe — von diesem Beschluß Kenntnis zu nehmen. Die Hiesener und Helfer Berlins erklären zum Schluß: „Zum Frieden bereit, aber zum Kampf entschlossen.“

Arbeiter, Angestellte!

Deckt euren Bedarf an guten Büchern und Spielen für Erwachsene, Jugendliche und Kinder, künstlerischem Wanderschau in der Weihnachtsausstellung der Berliner Gewerkschaftskommission, Engelauer 24. Verkaufszeit täglich von 10 bis 7 Uhr abends.

Reine Entlassungen bei den Versorgungsämtern. Vor einiger Zeit brachten wir die Mitteilung, daß aus Anlaß von Etatsüberschreitungen bei vielen Hauptversorgungsämtern und Versorgungsämtern Massenentlassungen von Angestellten drohen. Wie uns jetzt vom Zentralverband der Angestellten mitgeteilt wird, ist es ihm gelungen, durch Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsministerium dieses zu verhindern, den Hauptversorgungsämtern weitere Mittel zu bewilligen, sofern ein derartiger Antrag vom Hauptversorgungsamt gestellt wird, um die Rücknahme der ausnahmsweisen Rindigungen zu bewerkstelligen. Das Reichsarbeitsministerium habe eingesehen, daß Entlassungen von Angestellten im gegenwärtigen Moment bei der Überlastung der Versorgungsämter nicht in Frage kommen können.

Zimmerer! Wir erziehen die Vertrauensmänner von den Firmen, welche unsere Forderung bewilligt haben, für ihre Belegschaft die Arbeitsberechtigungskarte vom Bureau, Engelauer 24-25, Zimmer 49, abzuholen. Die Mitgliedsbücher der einzelnen Kameraden, welche selbstverständlich in Ordnung sein müssen, sind mitzubringen. Um einen großen Andrang und daher Störungen zu vermeiden, ersuchen wir nochmals, daß nur die Vertrauensleute kommen und nicht jeder Kamerad einzeln. Der Vorstand.

Zur Vereinigung der englischen Seeleute. In den Hafenstädten von Großbritannien werden große Versammlungen veranstaltet, um die Seeleute für die von der nationalen Transportarbeiter-Föderation errichtete neue Seeleuteorganisation zu gewinnen.

Jugendbewegung

1. Arbeiterjugend Groß-Berlin. Zur Gruppenfeier treffen sich alle Ortsgruppen am Sonntag, den 18. Dezember, vorm. 10 Uhr, am Weg zum Reichhof, Berlin. — Am Sonnabend findet eine Sitzung der Zentrale statt. Sämtliche Mitglieder treffen sich (auch Kreisleiter und Redatoren) müssen wegen der nächsten Tagung pünktlich um 6 Uhr anwesend sein. — Laut Bescheid müssen sämtliche Kreisleiter und Ortsleiter der Ortsgruppen beim Empfang von Material einen von der Gruppe auszufüllenden Ausweis vorlegen. Dazu dienen keine Materialausgaben.

Parteiveranstaltungen

Freitag, 16. Dezember

1. Verwaltungsbüro, 4. Div. 11. Raum 7 Uhr in der Schulstraße 10. Anwesenheitspflicht. Wahl des Genossenschaftsrates der 4. und 11. Verwaltungen. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Sonnabend, 17. Dezember

1. Fernstudienkurs (Wintersemester, Schwannenberg, Brunnenweg). Die Teilnehmer am Sonnabend, den 17. Dezember, vorm. 9 Uhr, findet nicht in der Winterkollertstraße, sondern in der Oberpoststraße am Seppert Platz. Die Veranstaltung wird pünktlich eröffnet. Die Abteilungsleiter werden gebeten, die Teilnehmer rechtzeitig nach der Oberpoststraße zu begleiten. 2. Div. 11. Raum 2. Abteilungsleiter. Abends 7 Uhr Sitzung und Abrechnung der Kreisleiter bei Seppert, Brunnenweg, Ecke Seppertstraße. 3. Div. 11. Raum 2. Abteilungsleiter. Abends 7 Uhr Sitzung bei Seppert, Brunnenweg, Ecke Seppertstraße. 4. Div. 11. Raum 2. Abteilungsleiter. Abends 7 Uhr Sitzung bei Seppert, Brunnenweg, Ecke Seppertstraße.

Sonntag, 18. Dezember

1. Arbeiterjugend Groß-Berlin. Zur Gruppenfeier treffen sich alle Ortsgruppen am Sonntag, den 18. Dezember, vorm. 10 Uhr, am Weg zum Reichhof, Berlin. — Am Sonnabend findet eine Sitzung der Zentrale statt. Sämtliche Mitglieder treffen sich (auch Kreisleiter und Redatoren) müssen wegen der nächsten Tagung pünktlich um 6 Uhr anwesend sein. — Laut Bescheid müssen sämtliche Kreisleiter und Ortsleiter der Ortsgruppen beim Empfang von Material einen von der Gruppe auszufüllenden Ausweis vorlegen. Dazu dienen keine Materialausgaben.

Vereinskalender

Freitag, 16. Dezember

Ortsgruppe Berlin des Deutschen Metallarbeiterbundes. Erste Abend spricht in der Aula Hohenhofenstr. 47-48 Dr. Herzberg über „Eugenik und Hygiene“ mit Tazepresentationen.

Sonnabend, 17. Dezember

1. Arbeiterjugend Groß-Berlin. Zur Gruppenfeier treffen sich alle Ortsgruppen am Sonntag, den 18. Dezember, vorm. 10 Uhr, am Weg zum Reichhof, Berlin. — Am Sonnabend findet eine Sitzung der Zentrale statt. Sämtliche Mitglieder treffen sich (auch Kreisleiter und Redatoren) müssen wegen der nächsten Tagung pünktlich um 6 Uhr anwesend sein. — Laut Bescheid müssen sämtliche Kreisleiter und Ortsleiter der Ortsgruppen beim Empfang von Material einen von der Gruppe auszufüllenden Ausweis vorlegen. Dazu dienen keine Materialausgaben.

Sonntag, 18. Dezember

Zentral-Metallarbeiterbund. 1. Verwaltungsbüro, 4. Div. 11. Raum 7 Uhr in der Schulstraße 10. Anwesenheitspflicht. Wahl des Genossenschaftsrates der 4. und 11. Verwaltungen. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Geschäftliches

Die Firma Franz Krawinkel, Metallwarenindustrie, Berlin SO 4, warnt hiermit in ihrer Mitteilung behauptet einen Nachschuß an unbetriebsfähigem Material. Alles Weitere ist aus dem Inhalt der untenstehenden Nummer ersichtlich.



Sonst lehnt er ab —
aber,
wenn ihm jemand eine gute Massary-Zigarette anbietet — zumal die Roal — greift er gleich zu.
Wie kommt das? **Urteilen Sie selbst!**
Massary-Royal 70's

Deutscher Reichstag

Mittwoch, 15. Dezember.

Präsident Lohde eröffnet die Sitzung 2 Uhr 15 Minuten. Zu den neu eingegangenen Interpellationen, einer desentrums, betreffend die Zustände im Saargebiet, und einer unserer Reichstagsfraktionen, betreffend Schadloshaltung von Personen, die wegen Handlungen zur Abwehr hochverräterischer Unternehmungen zum Schadenersatz verurteilt sind, läßt die Regierung erklären, daß sie sie in der geordneten Reihenfolge vorgeschriebener Zeit beantworten werde. Ohne Debatte angenommen wird in zweiter und dritter Lesung der Entwurf einer vierten Ergänzung des Besoldungsgegesetzes (Ortsklassenverzeichnis) bemerkt der Berichterstatter des Ausschusses.

Dr. Mogt (D. Sp.), daß nach Auffassung des Ausschusses das Verzeichnis noch einer eingehenden Nachprüfung bedürfe. Trotzdem müssen möglichst rasch die erhöhten Sätze den Beamten ausgezahlt werden. Man solle das Ortsklassenverzeichnis annehmen, zugleich aber in dem § 1 einfügen, daß sofort eine Nachprüfung vorgenommen und bis März 1922 erledigt werden solle. Der Reichstag beschließt gemäß dem Antrage des Ausschusses.

Kartoffelwucher

Unsere Fraktion hat, wie noch erinnernlich sein wird, einen Gesetzentwurf eingebracht, durch den die Kartoffelversorgung durch Umlageverfahren, wie beim Getreide, geregelt werden soll und weiter verlangt, die Mehlration von 200 auf 280 Gramm zu erhöhen. Der Ausschuss, dem diese Vorlage seinerzeit überwiesen wurde, hat diesen Antrag abgelehnt.

Hr. Frau Baum (U. S. P.): Die Kartoffelnot ist, seitdem wir unseren Antrag einbrachten, nicht geringer geworden. In vielen Städten gibt es keine Kartoffeln und wo es welche gibt, haben sie Preise von 1,50 M. das Pfund und noch mehr. Ich bebaue außerordentlich, daß nicht einmal das Reichsernährungsministerium heute hier vertreten ist. Am 22. November erklärte der Vertreter des Reichsernährungsministeriums im Ausschuss, noch heute sollen Richtlinien herausgegeben werden, die der Preistreiber auf dem Kartoffelmarkt entgegenwirken. Noch heute ist uns nicht bekannt, wann wir diese Richtlinien bekommen werden. Es mehren sich die Mitteilungen, daß Kartoffeln ins Ausland und in großen Mengen in die Spiritusbrennereien wandern. Die Kartoffelnot ist dieselbe geblieben, der Brotpreis ist gestiegen. Wir wissen gar nicht, wie wir durch den Winter kommen sollen. Der Zucker ist entgegen unseren Wünschen und Ansprüchen freigegeben worden. Zu bekommen ist seitdem keiner. Wir beauern, daß unsere Anträge auf Regelung des Verkehrs mit Kartoffeln und Erhöhung der Mehlration abgelehnt worden sind. Wir hatten beantragt, daß der Zwischenhandel und der Großhandel ausgeschaltet werden und die Landwirte direkt an das Reichsernährungsministerium liefern sollen. Das wurde abgelehnt. Handel und Landwirte liefern nicht. Die Not wird immer größer. Wir fordern ganz energisch von der Regierung, daß sie erklärt, was sie zu tun gedenkt, um dieser Not zu steuern. (Bravo! bei den U. S.)

Die Vorschläge des Ausschusses werden hierauf angenommen.

Wochenhilfe und Wochenfürsorge

Der Ausschuss, dem die Vorberatung der von der Genossin Agnes im Juli eingebrachten Anträge überwiesen wurde, beantragt ein Stillsitzen in Höhe des halben Krankengeldes, mindestens jedoch täglich in Höhe des für einen Liter Milch zu zahlenden Betrages bis zum Ablauf der zwölften Woche nach der Niederkunft zu bewilligen. Das Wochenlohn soll täglich 3 M. betragen.

Hr. Frau Agnes (U. S. P.): Wenn die Vertreter der Rechtssozialisten unsere Anträge im Juli noch als unverständlich deklarieren, so freuen wir uns, jetzt feststellen zu können, daß sie seit den Ausschussberatungen zu einer besseren Erkenntnis gekommen sind. Wir verlangen, daß die tägliche Unterstützung an Schwangere auf 15 M. festgesetzt wird. Die 15 M. reichen kaum dazu, einigermaßen auszugleichen, was der Körper der Schwangeren in dieser schweren Zeit an Kräfteverbrauch ausgleichen muß, wenn er nicht zugrunde gehen soll. Unsere Forderung geht aber außerdem dahin, daß dieses Stillsitzen nicht 13 Wochen, wie es im Ausschussantrag heißt, sondern 20 Wochen gewährt wird. Die Grenze des Minderbetrags, von dem man die Beihilfe abhängig macht, ist zu niedrig festgesetzt. Wir fordern, daß sie von 10 000 M. auf 15 000 M. erhöht werde. Auch die Beihilfen zu den Arznei- und Hebammenkosten bei Schwangerenbeschwerden sowie für die Entbindungskosten sind wesentlich zu erhöhen. Es handelt sich hier um Leben und Gesundheit nicht nur der Wöchnerinnen, sondern auch der Kinder und damit des Volkes überhaupt. Hier darf man nicht mit Sparmaßregeln operieren. Sparen mag man auf anderen Gebieten. Wir bitten Sie daher, unsere Anträge anzunehmen. (Beifall bei den U. S. P.)

Reichsarbeitsminister Brauns hat besondere Bedenken gegen die Regelung des Stillsitzens. Es geht nicht an, daß man die Stillsitzenden so schwach gestaltet. Die Milchpreise ändern sich sehr häufig, sie sind in den einzelnen Kreisen sehr verschieden. In der weiteren Auseinandersetzung beteiligten sich der Rechtssozialist Janschied, ein Regierungsvertreter, die Volksparteilerin Behm, Frau Warkwiz (K. U. G.) und Genossin Fiech. Hierauf erfolgt die Abstimmung. Von den Anträgen unserer Fraktion wird nur der auf Erhöhung der für die Minderbetrags-

ten maßgebenden Einkommensgrenzen von 10 000 M. auf 15 000 M. angenommen. Alle anderen Verbesserungsanträge werden abgelehnt.

Hr. Schäfer (Zentr.) als Berichterstatter des Volkswirtschaftlichen Ausschusses beantragt die Vorlegung eines Gesetzentwurfes auf stärkere Erfassung der Bilanzgewinne bei der Warenausfuhr. Die bürgerlichen Parteien verlangen die Zurückverweisung dieses Antrages an den Ausschuss.

Hr. Simon-Franken (U. S. P.) legt dar, daß bei einer solchen Zurückverweisung der Gesetzentwurf nicht vor März nächsten Jahres vorliegen könne. Er bittet, dem Ausschussantrag zuzustimmen. — Bei der Abstimmung wird der Antrag auf Zurückverweisung an den Ausschuss abgelehnt.

Der Gesetzentwurf betreffend die Abänderung der Verordnung über Lohnbeschlagnahme wird in zweiter und dritter Lesung unter Ablehnung des von den Kommunisten gestellten Verbesserungsantrages angenommen.

Nach der Berichterstattung des Hrn. Brodau (Dem.) über den Gesetzentwurf betr. die Pfändbarkeit von Gehaltsansprüchen beantragt Hr. Matzahn (Komm.), die Pfändbarkeitsgrenze von 8000 M. in der Regierungsvorlage auf 24 000 M. heraufzusetzen.

Hr. Karsten (U. S. P.): Wenn man bedenkt, daß 1889 die Pfändbarkeitsgrenze 400 Taler und vor dem Kriege 1500 M. betrug, so ist bei der gegenwärtigen Marktwertung eine Festsetzung auf 8000 M. ein geradezu lächerlich niedriger Satz. Meine Parteifreunde haben den Antrag gestellt, die Grenze von 8000 M. auf 15 000 M. festzusetzen. Das ist eine äußerst bescheidene Forderung. Nach reiflicher Überlegung, bei einigem Verständnis für die schmerzliche Lage der Arbeiter muß unser Antrag angenommen werden. Dann kann ein Arbeiter im Notfall mit dem, was bleibt, auskommen. Der Ausschussantrag, statt 8000 M. 12 000 M. einzuführen, genügt nicht. Wenn Sie soziales Verständnis haben für die Armen und Kerntzen, dann müssen Sie unserem Antrag zustimmen. (Beifall.)

Justizminister Radbruch wendet sich gegen unsern Antrag. Hr. Kaiser (Soz.): Grundsätzlich gehen meiner Fraktion die Anträge der Kommunisten und Unabhängigen nicht weit genug. Angesichts der Verhältnisse aber werden wir der Ausschussvorlage zustimmen.

Hr. Rosenfeld (U. S.): Der Justizminister hat im Anfang seiner Ausführungen gesagt, daß zwischen dem Ausschussantrage und dem meiner Fraktion kein so großer Unterschied bestünde. Ich nahm an, daß er infolgedessen für unsern weitergehenden Antrag stimmen würde. Er hat leider diese Konsequenz nicht gezogen. Ich bitte dringend, dem Antrag meiner Freunde die Zustimmung zu geben. Der Sozialdemokrat Kaiser sagte, er gehe grundsätzlich noch viel weiter als die U. S. P. und die Kommunisten. Es kommt nicht auf theoretische Befennnisse an, sondern auf die Umsetzung in die Praxis. Und nach dieser Richtung hin hat er vollkommen versagt. Er stimmt nicht einmal für unsern Antrag, der seinen Anschauungen entspricht.

Bei der Abstimmung werden alle von den linken Parteien gestellten Verbesserungsanträge niedergestimmt, der Gesetzentwurf wird in der Ausschussfassung angenommen.

Der Gesetzentwurf über die Geltungsdauer des Gesetzes gegen die Kapitalflucht wird in der zweiten und dritten Beratung in der Ausschussfassung, die Frist bis zum 31. März 1922 zu verlängern, angenommen.

Hierauf werden die Beratungen abgebrochen. — Die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei beantragen die Dringlichkeitserklärung ihres Antrags auf Weiterführung der Schwarzweißroten Flagg auf See. Nach einer kurzen Debatte wird durch Hammelsprung abgestimmt und Beschlussfähigkeit festgestellt.

Nächste Sitzung: Freitag 3 Uhr. Tagesordnung: Anfragen, Nachtrag zum Haushaltsplan, keine Vorlagen, Rest von heute, Flaggenfrage. — Schluß 6 1/2 Uhr.

Aus dem preussischen Landtag

Zusammenstöße mit Severing

Die Staatsberatungen im preussischen Landtag gehen ihrem Ende entgegen. Es wird Tag und Nacht gearbeitet, um vor den Weihnachtsferien ins reine zu kommen. Eine sachliche Arbeit ist unter solchen Umständen natürlich nicht möglich, und die Deffektivität erfährt erst recht kaum etwas von den Reben und Forderungen der verschiedenen Parteien. Denn es ist einfach unmöglich, daß bei der Hast der Arbeit und der Länge der Beratungen die Berichterstattung so erfolgen kann, daß sich ein klares Bild nach außen hin ergibt. Am Mittwoch stand in der Nachsitzung der Etat der preussischen Finanzverwaltung zur Beratung, über die wir kurz das wesentliche nachzutragen haben.

Die Deutschnationalen feierten bei dieser Gelegenheit die Tätigkeit des verstorbenen Finanzministers Sämisch und verlangten, daß Preußen wieder die Steuerhoheit bekommen müsse. Finanzminister von Richter bezeichnete die finanziellen Verhältnisse als sehr irrazig und stellte ein Gesetz zur Regelung der Hohenzollernabfindung in Aussicht. Genosse Meyer, der nachher zum Worte kam, führte aus:

Die preussischen Finanzen sind nur ein Teil der reichsdeutschen Finanzen, und auch diese sind nur ein Teil des gesamten Wirtschaftskomplexes. Die Schwierigkeiten sind längst keine Finanzschwierigkeiten mehr, sondern sie sind Schwierigkeiten der gesamten Volkswirtschaft überhaupt. Angesichts der Tatsache, daß alle Einzelstaaten, also auch Preußen, in ihren Finanzangelegenheiten abhängig sind vom Reiche, muß laut und eindringlich die Frage erhoben werden, darf sich das deutsche Volk gegenwärtig dem Luxus der Existenz von zwanzig Einzelstaaten erlauben? Aus den Reben der Regierungsvertreter und „nationalen“ Parteien zeigt sich ein mit den Zeitverhältnissen nicht in Einklang zu bringender ungesunder Finanzpartikularismus, der neben anderen Erscheinungen ein Haupthindernis für den materiellen und geistigen Wiederaufbau Deutschlands ist. Die wichtigste Voraussetzung für die Gesundung der Staatsfinanzen ist die Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt, die aber nicht erfüllt werden kann, solange nicht an eine Stabilisierung unserer Marktwährung zu denken ist.

Genosse Meyer forderte dann, daß die von den Lohn- und Gehaltsempfängern zuviel gezahlten Einkommensteuern so schnell wie möglich zurückgezahlt werden. Es reche nicht an, daß die Minderbetragsrenten ungunsten der anderen Steuerzahler dem Staat auf längere Zeit zinslos Darlehen geben. Der Besitz ist bisher derjenige Faktor gewesen, der am besten bei der Steuerleistung mitgewirkt ist. Jeder Versuch, den Besitz heranzuziehen, löst auf eisernen Widerstand derjenigen, von denen die Initiative der kapitalistischen Produktion abhängt. Es müssen aber Mittel und Wege gefunden werden, die Produktion entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit zu belasten. Wir fordern deshalb die Befreiung der Sach- und Geldwerte. Wenn wir uns auch klar darüber sind, daß der Kampf darum ein schwerer Kampf ist, wir werden ihn durchzuführen wissen. Zur Frage der Hohenzollernabfindung forderte Genosse Meyer die entschleunigende Einwirkung des Hohenzollernvermögens anwachsen der Allgemeinheit.

Durch die Schuld dieser Edeleuten und Besten der Nation ist Deutschland in das Unheil hineingestürzt worden. Es sind das dieselben Leute, die jetzt als Kammergepöhl mit feuchten Unterhosen vor den Schranzen des Reichsgerichts stehen. Wenn unter Urteil über diese Leute ab gesprochen ist, so dürfen Sie nicht neigen, daß wir in den Novembertagen die Großen der Nation als anachronistische Gestalten und die reaktionären Heiden des Hochadels feige und mit krummen Rücken mit schleimiger Unerschrockenheit im Staube stehen haben. Es kann sich für das schaffende Volk nicht darum handeln, Pfadwerk an den Staats- und Reichsfinanzen zu schaffen, sondern um die Grundlage herzustellen für eine bessere Wirtschaftsform, das heißt auch für bessere Finanzen in der Neuordnung der Gesellschaft, im Sozialismus.

Die Beratungen über den Finanzetat wurden am Donnerstag zu Ende geführt. In der Abstimmung wurden die Etats den Beschlüssen des Ausschusses entsprechend angenommen, darunter auch ein Antrag der unabhängigen Fraktion, die zuviel gezahlten Steuern der Lohn- und Gehaltsempfänger sofort zurückzahlen. Vorher wurden noch eine Reihe kleinerer Gesetzesvorlagen erledigt, dann begannen die Beratungen über den Haushalt des Staatsministeriums und über das Kapitel Schutzpolizei, das bei der Beratung über den Etat des Innenministeriums zurückgestellt worden war. Als Redezeit war eine Stunde vorgesehen. Die Koalitionsparteien sahen von einer Besprechung ab, während die Deutschnationalen einen Redner vorschickten.

Für die Kommunisten sprach dann der Abgeordnete Dr. Meyer, der aber auf die Sache nicht einging, sondern lediglich eine polemische Rede gegen die anderen Parteien hielt. Genosse Leid begründete in der Hauptsache die beiden Anträge zum Etat des Staatsministeriums, in denen die Abschaffung des Staatsrats und der auswärtigen Vertretungen Preußens gefordert wird. Genosse Leid hob hervor, daß der Staatsrat eine völlig überflüssige Einrichtung sei, die bisher den Gang der Staatsmaschine nur erschwert und die gesetzgeberischen Arbeiten durchkreuzt habe. Selbst der frühere Minister Stegwald habe sich sehr scharf gegen die Tätigkeit des Staatsrats ausgesprochen. Den Koalitionsparteien läge es natürlich daran, ein neues Herrenhaus zu schaffen, das den Willen des Volkes durchkreuzen und verfluchen solle. Ebenso notwendig wie die Abschaffung des Staatsrats sei auch die Beseitigung der preussischen Vertretungen bei anderen Bundesstaaten. Diese Jöpfe müßten endlich abgeschnitten werden.

Genosse Rabold sprach über die Schutzpolizei. Er wies auf die ungeheuren Summen hin, die für Bewaffnung und Ausrüstung im Etat ausgeworfen werden. Das Nachrichtenwesen erfordere allein im letzten Etatsjahr 35 Millionen Mark. Die Ausrüstung in einem solchen Umfange müsse zwangsläufig zu der Schlußfolgerung führen, daß die heutige Polizei rein militarischer Charakter trage. Rabold forderte dann die Aufhebung des Heineschen Schießerlasses, der die Hauptschuld an den waldläufigen „Erschießungen auf der Flucht“ trage und der jedem Schützen das Recht gebe, den Henker zu spielen. Dieser Schießerlass sei der Ausdruck einer barbarischen Gesinnung, ebenso wie die sich häufenden Aus-

Leineweber

Berlin C, Kölnischer Fischmarkt 4-6

Billige Preise! Grosse Auswahl!

Herren-Schlüpfer 875.-, 700.- 690.-
Herren-Schlüpfer 1175.-, 1075.- 975.-
Herren-Schlüpfer 1900.-, 1600.- 1300.-
Herren - Paletots 1800.-, 1400.- 790.-
Herren-Anzüge 1750.-, 1300.-, 700.- 345.-

Jünglings-Schlüpfer 800.-, 600.- 450.-
Schul-Anzüge . . . 770.-, 670.- 490.-
Jünglings - Anzüge 670.-, 500.- 325.-
Jünglings-Anzüge 1020.-, 850.- 730.-
Jünglings-Breeches 275.-, 175.- 120.-

Sportpelze und Gelpelze
preiswert fertig am Lager

Knaben-Schlüpfer 700.-, 500.-, 400.- 260.-
Schlupf-Anzüge . . . 400.-, 210.- 160.-
Jacken-Anzüge . . . 420.-, 280.- 130.-
Knaben-Hosen . . . 140.-, 90.- 36.-
Knaben-Rodelgarnituren
reine Wolle . . . 725.-, 575.- 490.-

Sonntag,
den 18. Dezbr.
geöffnet
von
1-6 Uhr

Sonntag,
den 18. Dezbr.
geöffnet
von
1-6 Uhr

Morgenjoppen u. Schlafröcke
mollige Flauschstoffe, hübsche Formen

Krawatten, Shawls in Wolle u. Seide,
Handschuhe, Hüte, Sportmützen,
Westen, Oberhemden, Unterwäsche
in Wolle und Makko, Nachthemden,
Hosenträger, Strümpfe, Wickel-
Gamaschen, Leder-Gamaschen

